6. Jahrgang — Nr. 167 Donnerstag, 20. Juli 1922

Volksstimme

Redaktion in Halle, Gr. Brauhausstraße 17, Fernruf: Nr. 6602. Eisleben 302. Sprechstunden unserer Eisleben Vertretung wochentags von 4—6 Uhr nachmittags. Die „Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, mit den wöchentlich wechselnden Beilagen: „Die Frauenwelt" und „Für die arbeitende Jugend." Sämtliche Postämter, Filialexpeditionen und die Hauptgeschäftsstelle nehmen Bestellungen an. Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Die „Volksstimme" verfügt über einen bestens ausgebauten Berichterstattungsdienst in allen Orten. Meldungen von Bedeutung werden an Werktagen zu jeder Tageszeit entgegengenommen. Redaktions-Sprechstunde in Halle: vorm. von 11—12 Uhr.

Sozialdemokratische Partei-Tageszeitung für Halle und den Saalkreis sowie die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga, Zeitz-Weißenfels, Naumburg Eisleben und die Mansfelder Kreise.

Verlag in Halle a. S., Große Ulrichstraße 27. Fernruf 5407. Telegrammadresse „Volksstimme Halle". Postscheckkonto 11092 Erfurt. Geschäftsstelle in Eisleben: Bahnhofstr. 22. Fernruf-Nummer 302. Bezugspreis: wöchentlich 7.50 M., monatlich 30 M. inkl. Zustellungsgebühr. Durch die Post bezogen oder für Selbstabholer 28.00 Mk. einschließlich Nebengebühr. Anzeigenpreise: im Anzeigenteil 2.50 Mk., jeder Millimeter und Spalte; desgleichen als Reklame im Textteile 10.— Mk. Aufgabetermin für die nächste Ausgabe bis 9 Uhr morgens, Betriebsstörungen technischer oder anderer Art entbinden in allen Fällen von der rechtzeitigen Aufnahme von Anzeigen sowie von der pünktlichen Zeitungslieferung. Die Einzelnummer der „Volksstimme" kostet 1.50 Mark.

Bayerischer Putsch?

Kritische Lage!

Kommt es zur Trennung vom Reich? — Republikanische Reichswehr zum Schutz des Exkronprinzen. — Zurückberufung von Reichswehr von außerbayerischen Uebungsplätzen.

München, 20. Juli. Die endgültige Annahme des Gesetzes zum Schutze der Republik scheint in Bayern eine unvermeidliche Krise heraufzubeschwören. Zur Landesausschuß-Sitzung der Bayerischen Volkspartei am Freitag schreibt der „Regensburger Anzeiger", daß die **Partei seit ihrem Bestehen noch nie so schwere Entscheidungen zu fällen hatte.** Das Zentralorgan der Partei, der „Bayerische Kurier", spricht sogar allen Ernstes von der kommenden Landtagsauflösung und deren Auswirkung auf das neue Kräfteverhältnis der Parteien. Der Bund der Landwirte fordert die Regierung auf, die beschlossenen Reichsgesetze für Bayern **als unwirksam zu erklären.** So stehen in Bayern kritische Tage bevor. Die Haltung der Demokraten und des Bauernbundes in dem kommenden Konflikt zwischen reichstreuen und reichsfeindlichen Elementen ist noch nicht geklärt. **Die Frage, ob es zur Trennung vom Reich kommt oder nicht, wird weniger von der Regierung, als von den Führern der Bayerischen Volkspartei abhängen.** Das Verhalten ihrer Presse läßt nichts Gutes erwarten, obwohl sie vor dem letzten Schritt zweifellos zurückschrecken werden.

Während das Ministerium seit heute morgen in stundenlangen Beratungen mit dem bayerischen Reichsgesandten in Berlin zusammen ist, **bewachen die Posten der republikanischen Reichswehr die Landsitze des Herrn v. Kahr und des Kronprinzen Rupprecht bei Berchtesgaden,** um deren Kraft bei einem etwaigen Konflikt mit dem Reich frisch zu erhalten. Die „Bayrische Staatszeitung" meldet, daß in außerbayerischen Uebungsplätzen übende bayerische Truppen telegraphisch aus den Manövern in ihre Standorte zurückgerufen wurden, wo sie bereits eingetroffen sind oder heute noch eintreffen werden.

Was soll das?

Gessler gibt die Genehmigung zur Rückberufung der Reichswehr in die bayrischen Standorte.

München, 20. Juli. Laut „Bayrischer Staatszg." sind die auf dem württembergischen Truppenübungsplatz Münsingen übenden bayrischen Truppen der Standorte München, Augsburg, Kempen, Lindau und Landshut sowie das auf Truppenübungsplatz Ohrdruf übende Würzburger Reichswehrbataillon **mit Genehmigung des Reichswehrministers** telegraphisch in ihre Standorte zurückberufen worden.

*

Es ist schon in der ersten Meldung gesagt worden, daß sich Bayern lange überlegen wird, ob es den Schritt der Trennung vom Reich wagen soll. Es ist auch weiter betont worden, daß ein solcher Schritt kaum von der bayrischen Regierung selbst, sondern von den reaktionären Parteien im Lande ausgehen würde. Die Konzentrierung der Truppen in Bayern beweist, daß die Gefahr eines Putsches, ob von der Regierung offiziell gegen das Reich oder von den bayrischen Rechtsparteien gegen die eigene Regierung unternommen, unmittelbar besteht. Es ist gut, daß die Mehrheit des deutschen Reichstages bei der Beschlußfassung über das Gesetz zum Schutz der Republik nicht vor der bayrischen Drohung zurückgewichen ist. Die bayrischen Putschisten mögen ihre versteckten und offenen Drohungen dem Reich gegenüber wahrmachen. Sie werden nicht nur auf den heftigsten Widerstand bei der Arbeiterschaft des eigenen Landes stoßen, sondern das Proletariat ganz Deutschlands gegen sich vereinigt sehen. Bayern ist von der Ruhrkohle und von der Verbindung mit der Reichseisenbahn abhängig. Es liegt in der Hand der für Reichseinheit und Republik kämpfenden deutschen Arbeiterschaft, Industrie, Handel und Wandel in Bayern gegebenenfalls stillzulegen und auf diese Weise die unbotmäßigen Elemente zur Raison zu bringen.

Wir wissen, daß es in der bayrischen Bourgeoisie Elemente gemug gibt, die im Falle einer Trennung vom Reich auf Hilfe von Frankreich rechnen und diese Hilfe gegebenenfalls als „gute Patrioten" mit Freuden in Anspruch nehmen täten. Wir wissen aber auch, daß dadurch die Position der Putschisten in eigenem Lande nicht gebessert werden würde, über die eines Tages ein vernichtender Sturm der Entrüstung zusammenschlagen würde, an dem auch diejenigen Elemente des bayrischen Bürgertums beteiligt wären, die bisher aus bänglicher Furcht und Wankelmütigkeit nicht die Kurage aufgebracht haben, sich zur Republik zu bekennen und ihre Verteidigung zu übernehmen.

Prüfsteine für die bayerische Regierung.

Der „Wiesbacher" beschimpft den toten Rathenau und die Republik. — Traub will in München Professor werden.

München, 19. Juli. Der „Wiesbacher Anzeiger" scheint das Gesetz zum Schutze der Republik förmlich herausfordern zu wollen durch einen Artikel, in dem er den Mord an Rathenau verherrlicht als eine **„edle und wertvolle Tat,** die von der Geschichte gewürdigt worden wäre, wenn die Mörder sich selbst dem Gericht gestellt hätten". Er macht sich lustig über „jämmerliche Weltelendigkeit, die Heuchelei und die Feigheit", mit der sich die Rechtsparteien um die Mordtat herumdrückten, **die Parteien, denen es sicher lieber gewesen wäre, wenn sich Rathenau „bei einem Autounglück das Genick gebrochen oder wenn ihn der Schlag getroffen hätte".** Die Reichsfahnen auf dem Münchener Hauptbahnhof vergleicht dieses Blatt neuerdings wieder mit „Putzlumpen". Dieser Artikel wird ein Prüfstein dafür sein, ob es der bayerischen Regierung, welche bis jetzt auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten nur linksstehende Blätter verboten hat, mit der Durchführung des Gesetzes zum Schutze der Republik gegen rechts ernst ist.

*

Der Kappist Dr. Traub ist als Hauptschriftleiter der deutschnationalen „München-Augsburger Abendzeitung" zurückgetreten und gedenkt sich um einen Lehrstuhl für Geschichte in München zu bewerben.

Regierungspräsident Bergemann.

Herr von Gersdorff, der bisherige Regierungspräsident des Bezirks Merseburg, in den Ruhestand versetzt. — Genosse Bergemann, der bisherige Landrat des Kreises Calbe a. d. S., zum Merseburger Regierungspräsidenten ernannt.

Halle a. S., 20. Juli

Die Ereignisse der letzten Wochen sind auch an unserem Regierungsbezirk nicht spurlos vorübergegangen. Preußens Innenminister, Genosse Severing hat der gegenwärtigen Lage entsprechend neben sechs anderen deutschnationalen Regierungspräsidenten in Preußen auch Herrn von Gersdorf in den Ruhestand versetzt. Die Tatsache wird in allen republikanischen Kreisen unseres Bezirks aufrichtige Genugtuung auslösen. v. Gersdorff, der aus seiner extrem deutschnationalen Gesinnung kein Hehl gemacht hat, war kein parteipolitischer Provokateur im Sinne des Wortes. Aber er war einer jener monarchistischen Reaktionäre, die ihren Einfluß gegen die Republik und ihre Vertreter auf jenen gefährlichen Schleichwegen geltend zu machen verstanden, die fast regelmäßig zur Sabotage der von Berlin angeordneten Maßnahmen führten Wenn beispielsweise in Halle heute noch zum Teil eine Schutzpolizei besteht, die an republikanischer Zuverlässigkeit und Disziplin weit hinter den anderen Schupo-Formationen in Preußen zurückbleibt, so ist das zu einem nicht geringen Teil darauf zurückzuführen, daß die reaktionären Offiziere in Herrn von Gersdorff stets einen hilfsbereiten Schützer fanden

Daß Gersdorff bis heute überhaupt sein Amt hat vorsehen dürfen, verdankt er seiner diplomatischen Gewandtheit, die ihn im Laufe der letzten beiden Jahre aus mancher für ihn zweifelhaften Situation gerettet hat. Wir erinnern nur an die jammervolle Rolle, die er, während des Kapp-Putsches als ausführendes Organ der Kappisten gespielt hat. Seine geringe Zuverlässigkeit in solchen Situationen, die für die Republik entscheidend waren, bewies allein die Tatsache, daß ihm von vorgesetzter Stelle in besonderen Fällen ein republikanischer Zivilkommissar vorübergehend an die Seite gestellt werden mußte. Wie wenig die Gersdorffschen Amtshandlungen dem Empfinden der werktätigen Bevölkerung entsprachen, erhellt u.a. die Tatsache, daß der monarchistische Provokateur aus der Saalschloß-Brauerei, Leutnant Hartwig, trotz seines schweren Vergehens gegen die Republik lediglich mit einer Rüge bestraft worden ist. Gersdorff hat also seine Abhaltserung selbst herbeigeführt. Er verdankt es lediglich der Gutmütigkeit seiner Vorgesetzten, daß er bis heute Beamter der Republik hat sein dürfen.

Zum Nachfolger Gersdorffs ist der sozialdemokratische Landrat von Calbe a. S., Genosse Bergemann, ernannt worden. B. kommt aus der Mitte des schaffenden Volkes, dessen Vertrauensmann er ist. Seine organisatorischen und verwaltungstechnischen Fähigkeiten hat er lange Jahre als Bezirksleiter des Zimmer-Verbandes in Magdeburg bewiesen. Auch als Landrat hat sich B. das Vertrauen sowohl seiner Vorgesetzten wie seiner Mitarbeiter im Amt erworben. Bergemann ist außerdem Provinzial-Landtagsabgeordneter und als solcher Vorsitzender seiner Fraktion.

Dem Genossen Bergemann geht der Ruf eines sehr entschiedenen Republikaners voraus. Wir haben zu ihm das Vertrauen, daß er seine reichen Kräfte dafür einsetzen wird, der Republik alle diejenigen geistigen und physischen Positionen zu erobern, die sie zu ihrer Gesundung und Fortentwicklung braucht. Der Unterstützung der werktätigen Bevölkerung des Bezirks darf der neue Regierungspräsident gewiß sein.

Die Neubesetzung der erledigten Regierungspräsidentenposten.

Ueber die Neubesetzung der erledigten Regierungspräsidentenposten wird aus Berlin gemeldet: Anstelle des Oberpräsidenten von Marienwerder wird Oberpräsidialrat Proske treten, der dem Zentrum nahesteht. Der Regierungsbezirk Merseburg ist mit dem sozialdemokratischen Landrat Bergemann besetzt worden. In das Regierungspräsidium Hildesheim ist Ministerialrat von Halfern und in das Regierungspräsidium Stettin Oberregierungsrat Moritz berufen. Beide Regierungspräsidenten gehören der Deutschen Volkspartei an. Das Regierungspräsidium in Aurich ist dem Demokraten, früheren Parlamentarier und Bürgermeister von Norderney Berghaus übertragen worden. Zum Präsidenten in Koblenz dürfte der zweite Delegierte der Rheinlandkommission Baumcke berufen werden, der der sozialdemokratischen Partei angehört. Auch für die Regierungspräsidien Aachen, Trier und Osnabrück sind die neuen Regierungspräsidenten schon vorgesehen. Sie werden ebenso wie der neue Oberpräsident der Rheinprovinz Dr. Fuchs dem Zentrum angehören. Demnächst soll auch der Regierungspräsident von Schneidemühl, v. Bülow, in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden. Das Innenministerium ist gewillt, die Entschließung des Landtages, wonach die leitenden Stellen in Verwaltung und Justiz nur zuverlässigen Republikanern übertragen werden sollen, zur Durchführung zu bringen. Das nächste Eingreifen dürfte sich auf die **Besetzung einer größeren Anzahl von Landratsämtern in Ostpreußen** beziehen.

*

Unter den neuen Männern sind auch 2 Volksparteiler. Diese Konzession ist sicher auf eine Entschließung des preußischen Gesamtkabinetts zurückzuführen, in dem bekanntlich auch Volksparteiler sitzen. Das ist keine erfreuliche Beigabe, die allerdings unter den obwaltenden Umständen in Kauf genommen werden muß.

„Finanzkontrolle".

Zwischen der deutschen Regierung und dem Garantiekomitee werden Verhandlungen geführt, über die in deutschen und französischen Blättern mancherlei Phantastisches berichtet worden ist. Die französischen Chauvinisten möchten natürlich am liebsten, daß die ganze deutsche Volkswirtschaft unter Zwangsverwaltung gestellt wird. Sie würde dann zwar viel schlechter arbeiten und die Aussichten Frankreichs, etwas bezahlt zu bekommen, wären weit schlechter, aber der imperialistische Ehrgeiz wäre befriedigt. In Deutschland hinwiederum gibt es Blätter, die es für ihre wichtigste Pflicht halten, aufregende Nachrichten über Gewaltpläne der Entente zu verbreiten, mögen sie richtig oder falsch sein. So haben deutschnationale Blätter von Plänen berichtet, nach denen die Auslieferung eines Teils des deutschen Industriekapitals in Form von Aktien gefordert wird und denen die deutsche Regierung zugestimmt haben soll. Davon ist nichts wahr.

Darauf muß man sich allerdings gefaßt machen, daß wir von der Reparationskommission kein Moratorium bekommen werden, wenn wir nicht ihrer Unterorganisation, dem Garantiekomitee, das Recht einräumen, die deutschen Finanzen bis in alle Winkel zu durchforschen. Es wird sich dabei nur um ein Recht des Garantiekomitees handeln, sich über die Dinge zu unterrichten, nicht aber um ein Recht, in sie dreinzureden. Dazu fehlen dem Garantiekomitee selbst nach der Konstruktion des Vertrages von Versailles die Kompetenzen. Wenn das Garantiekomitee sich damit beschäftigt, die deutschen Finanzen bis in alle Einzelheiten zu untersuchen und wenn ihm dazu jede gewünschte Gelegenheit geboten wird, so wird man das als die Arbeit einer Art von Experten-Komitee oder Studienkommission zu betrachten haben, die an ihre vorgesetzte Behörde, das ist die Reparationskommission, Bericht zu erstatten hat.

Was uns da zugemutet wird, ist gewiß ein äußerst peinlicher Vorgang. Es geht dem Deutschen Reich so wie dem zahlungsfähigen Schuldner, der dem Gläubiger seine Bücher zeigen und seine gesamte Habe bis zum Inhalt der Geldbörse und zur Taschenuhr vorweisen muß. Eine klügere Ententepolitik würde auf solche Prozeduren, die das Nationalgefühl kränken müssen, nicht bestehen. Das Deutsche Reich wird sich ihnen aber nicht entziehen können, wenn es den Nachweis erbringen will, daß alle Vorwürfe, es hätte absichtlich die Interessen seiner Gläubiger geschädigt, unberechtigt sind. Man muß auch annehmen, daß die Arbeit des Garantiekomitees in irgend einer nicht zu fernen Zeit abgeschlossen sein und eingestellt werden wird. Denn ein Ueberwuchern der deutschen Verwaltung mit ausländischen Ueberwachungsorganen als Dauerzustand wäre nicht zu ertragen. Auch im Ausland wird diesen Zustand niemand wünschen, der einen dauernden Frieden will auf dem Boden der Gleichberechtigung der Völker, auf dem er allein möglich ist.

Für und wider die Republik.

Laut Vorwärts haben in der letzten Reichstagssitzung für das Republikschutzgesetz gestimmt: die Unabhängigen, die Sozialdemokraten, die Demokraten und das Zentrum. Dagegen: die Deutschnationalen, die Kommunisten, die Bayerische Volkspartei, die Welfen und der Bayerische Bauernbund mit Ausnahme seines Fraktionsmitgliedes Reichsernährungsminister Fehr. Ein großer Riß ging durch die Deutsche Volkspartei. Der größte Teil stimmte für das Gesetz, die anderen haben sich teils der Stimme enthalten, teils nicht an der Abstimmung beteiligt. Bei der Abstimmung über das Gesetz über die Pflichten der Beamten stimmten die Kommunisten, die Unabhängigen, die Sozialdemokraten, Demokraten und das Zentrum dafür, die Deutschnationale Volkspartei, die Bayerische Volkspartei, der Bayerische Bauernbund und die Welfen dagegen.

Das Eisenbahndefizit.

6,9 Milliarden Mark.

Berlin, 20. Juli. Der Abschluß Reichsbahnverwaltung schließt mit einem **Fehlbetrag von 6,9 Milliarden Mark (im Vorjahre 10,8 Milliarden Mark).**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220720-14/fragment/page=0001

Austritt aus der deutschnationalen Volkspartei

Der frühere Reichsgerichtsrat und badische Justizminister Dr. Düringer hat dem Reichstagspräsidenten unmittelbar nach der Fraktionssitzung der Deutschnationalen am Dienstag seinen Austritt aus dieser Fraktion mitgeteilt. Dieser Entschluß des Gelehrten und Politikers kommt nicht überraschend. Der Abstand zwischen der Rede dieses hochgebildeten und in allen Fraktionen geachteten Mannes und dem wüsten Gebelfer eines Bazille oder Graf ist so riesengroß, daß ein Zusammenarbeiten zwischen Düringer und solchen Geistern auf die Dauer unmöglich sein mußte. Düringer konnte sich in der Deutschnationalen Fraktion gegen das rednerische Maschinengewehr Helfferich nicht durchsetzen. Er war wohl auch zu vornehm, um sich mit diesem Oppositionshelden um jeden Preis herumzuschlagen. So hat er still die Tür von außen zugemacht und die Deutschnationalen mit ihren Mordhetzern allein gelassen. Wenn man dem aufgeregten Gezeter des Deutschvölkischen Abendblattes glauben darf, soll ein Trennungsstrich zwischen Deutschnationalen und Deutschvölkischen gezogen werden. Der Austritt Düringers spricht aber eher für das Gegenteil. Ob er, wie vor ihm Herr v. Kardorff und Frl. v. Gierke, nun der Deutschen Volkspartei beitreten wird, und ob nicht einige Deutsche Volksparteiler im Laufe dieses Sommers zu den Deutschnationalen hinüberwechseln, bleibt abzuwarten. Jedenfalls haben die Schüsse auf Rathenau auch in den beiden Rechtsparteien einen Widerhall gefunden, der lange unter der Decke schlummernde Gegensätze in Bewegung gesetzt hat. Man sollte annehmen, daß auch Abgeordnete, wie Professor Hoetzsch, Frau Behm und einige andere, sich in der Deutschnationalen Volkspartei nicht mehr wohl fühlen können. Ganz anders verhält es sich mit den sozusagen christlichen Theologen Mumm, Stratmann und Hensel, die zu den hervorragendsten antisemitischen und deutschvölkischen Hetzern der Partei gehören. Die evangelische Kirche hat von jeher mit ihren Vertretern in den Parlamenten sehr wenig Glück.

Zum Schutz der deutschen Republik.

Amsterdam, 20. Juli. Gestern vormittag fand unter Leitung des Vorsitzenden des internationalen Gewerkschaftsbundes die internationale Konferenz statt, die vom internationalen Gewerkschaftsbund und den Leitungen der Gewerkschaftsinternationale von London und der zweiten Gewerkschaftsinternationale einberufen worden war, um über die Möglichkeit der Schaffung einer gemeinschaftlichen Front zum Schutze der deutschen Republik und der **Unterstützung des Kampfes der deutschen Arbeiter gegen die Reaktion und die nationalistischen und monarchistischen Strömungen in Deutschland zu beraten.**

Amsterdam, 20. Juli. In der gestrigen Sitzung der internationalen Konferenz setzte der Sekretär des internationalen Gewerkschaftsbundes Fimmen, den Zweck der Konferenz in kurzen Worten auseinander indem er erklärte, **die Lage in Deutschland habe die Leitung des Bundes zu der Ueberzeugung gebracht, um im Interesse des deutschen Proletariats und der Arbeiter aller Länder eine internationale Einheitsfront zur Unterstützung der deutschen Arbeiter zu bilden, sei es nötig, daß sofort Maßnahmen zum Schutze der deutschen Republik und zur Verhinderung aller monarchistischen und reaktionären Anschläge getroffen würden.**

Rücktritt des italienischen Kabinetts.

Mißtrauensvotum mit 288 gegen 103 Stimmen.

Rom, 19. Juli. Das Kabinett de Facta ist zurückgetreten, nachdem die Kammer die Aufforderung de Factas, alle Parteien möchten die Regierung in ihrem Bestreben um Verteidigung der Bürger unter strengerer Gesetzesanwendung unterstützen, angehört und dann mit 288 gegen 103 Stimmen eine Tagesordnung gegen die Regierung angenommen hatte.

*

Zum Anlaß zum Sturz des Kabinetts lag bei den Sozialisten, die ein schärferes Vorgehen der Regierung gegen die italienischen nationalistischen Mörderbanden, die Faszisten, verlangten. Ursprünglich schien der Vorstoß der Sozialisten aussichtslos, nachträglich scheinen sich bürgerliche Parteien aus anderen Gründen dem Vorgehen der Sozialisten angeschlossen zu haben, so daß es zum Sturz des Kabinetts kam.

Die Todesursache des Rathenau-Mördes.

Kern von Polizeibeamten erschossen?

Ueber die Todesursache des Rathenau-Mörders Kern werden in der Presse verschiedenartige Gründe angegeben. Neuerdings soll festgestellt sein, daß Kern, während er auf der Plattform der Burgruine stand und Anstalten zum Schießen machte, von Polizeibeamten durch einen Karabinerschuß getötet wurde. Fischer soll sich erst beim Eindringen der Beamten in die von den Mördern bewohnten Räume erschossen haben. Zur endgültigen Feststellung der Todesursache des Kern ist von der Staatsanwaltschaft in Naumburg die Obduktion der Leiche angeordnet worden.

Der Bürgerblock.

Auch die Bayerische Volkspartei Teilnehmerin?

Berlin, 20. Juli. In dem heute zwischen den Führern der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und den Demokraten stattfindenden Verhandlungen über die Bildung einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft wurde der Bayerischen Volkspartei die Beteiligung an dieser Gemeinschaft freigestellt. Eine offizielle Erklärung soll in einigen Tagen herauskommen.

Endlich!

Der Raubritter verhaftet.

Berlin, 19. Juli. Der wegen seiner Schießereien auf harmlose Waldbesucher oft genannte Herr v. Kähne auf Schloß Petzow ist jetzt unter dem Verdacht, im vorigen Jahre einen Schlosserlehrling erschossen zu haben, verhaftet worden.

Republikanischer Lehrerbund. In Dortmund wurde in einer stark besuchten Lehrerversammlung ein „Republikanischer Lehrerbund" gegründet. Bereits am ersten Abend meldeten sich über undert Lehrer und Lehrerinnen zum Beitritt an. Es ist geplant diese Gründung auf ganz Westfalen auszudehnen. Die Bildung republikanischer Lehrerbünde ist nur zu begrüßen und zur Nachahmung zu empfehlen.

Wirtschaft.

Probleme der Lohn- und Preisbewegung im Bergbau.

I. Allgemeines.

Anfang Mai dieses Jahres schien es kurze Zeit, als wenn die rastlos sinkende Valuta zum Stillstand kommen wollte, als wenn eine Stabilisierung unserer Währungsverhältnisse und damit unserer Marktlage eintrete. Kurze Zeit nur währte der Wahn. — Ein politischer Mord schuf unübersehbare wirtschaftliche Folgen. Das Vertrauen des Auslandes zu unserer Wirtschaftsführung wurde auf das empfindlichste gestört und heute sehen wir klopfenden Herzens die Mark ihren Weg weiter in den Abgrund verfolgen.

Die arbeitnehmende Bevölkerung Deutschlands schreit auf und versucht die Einnahmen durch Erhöhung der Löhne zu vergrößern. Aber alle Lohnerhöhungen können nicht schnell genug die sich weiterwälzende Teuerung erreichen. Immer geringer wird die Kaufkraft der arbeitenden Massen. Waren 1913—1914 nur 52 Prozent (also gut die Hälfte) der Einnahme eines mittelmäßig bezahlten Arbeiters notwendig, um die Bedürfnisse an Lebensmitteln zu decken, so reichen jetzt die Löhne bei weitem nicht hin, um die an und für sich schon bedenklich eingeschränkte Ernährung zu bestreiten.

Abgesehen von diesen Folgen der schlechten Kaufkraft der breiten Massen geht der Bedarf auf dem Wirtschaftsmarkte noch weiter zurück, da die Verhältnisse den einzelnen zwingen, sich möglichst einzuschränken. Die Möglichkeit grinsender Arbeitslosigkeit schlummert im Hintergrunde, wenn es nicht baldigst gelingt, die Kaufkraft zu heben, denn es wird keinem Menschen einfallen, Fertigfabrikate zu produzieren, die nur bis zu 50 Prozent oder noch weniger Absatz finden.

Deshalb müssen die Regierung sowie sämtliche Behörden ihr ganzes Augenmerk darauf richten, daß baldmöglichst eine Versteifung der Lebensmittelpreise eintritt, daß der wilden Spekulationswut ein Ziel und Ende gesetzt wird. An diesem Bestreben sollten sich unbedingt alle vernünftigen Elemente des Volkes beteiligen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Hebung der Löhne und Gehälter weiter fortschreiten muß, bis sie eine erträgliche Lebenshaltung dem einzelnen gewährleistet, die sowohl in hygienischer als auch in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung der Allgemeinheit zugute kommt.

Nun lassen sich die Löhne und Gehälter allerdings nicht beliebig steigern, sondern die Lohnhöhe ist zum größten Teil abhängig von dem zu erzielenden Warenpreise. Daraus geht hervor, daß in solchen Industrien, in denen die freie Preisbildung herrscht, die Löhne schneller gesteigert, ja bis auf das Niveau der Weltmarktlöhne gebracht werden können, als in solchen Industrien, wo die gebundene Preisbildung, also die unter Zustimmung der Behörden, besteht. Industrien mit freier Preisbildung sind: Glas-, Textil-, Eisen-, Schuh-, chemische Industrie usw.; Industrien mit gebundener Preisbildung sind der gesamte Kohlenbergbau und der Kalibergbau. In letzteren ist daher die Erhöhung der Löhne und Gehälter immer um ein Bedeutendes hinter der in anderen Industrien zurückgeblieben, und hat nicht mit Unrecht oft genug den Unmut der Arbeitnehmer im Bergbau ausgelöst.

Neben der gebundenen Preisbildung besteht aber im Kohlenbergbau noch eine Abgabe, welche in Höhe von 27 bis 40 Prozent (schwankend in den einzelnen Bergbaurevieren je nach Güte der Kohle und der Wirtschaftlichkeit der Betriebe) des Verkaufspreises als Steuer an das Reich abgeführt werden muß. Bei jeder Erhöhung der Kohlenpreise wächst das ziffernmäßige Ausmaß der Abgaben, und läßt die Löhne der Arbeitnehmer im Bergbau immer weiter zurück gegenüber den Lebensnotwendigkeiten. Aus diesem Grunde muß an einen Abbau der Steuern gedacht werden. Nicht mit einem Male, sondern Schritt für Schritt, da der entstehende Einnahmeausfall für das Reich auf andere Weise gedeckt werden muß. Fernerhin ist daran zu denken, daß ein gesunder Preisausgleich durch eine kleine Steuer in den wirtschaftlich rentablen Bergbaubezirken die Konkurrenz und Lebensmöglichkeit der weniger wirtschaftlichen Bergbaugebiete sicherstellt. Der Abbau der Kohlensteuer und die Umlage des dadurch entstehenden Einnahmedefizits für das Reich auf die Schultern breitester Volksmassen ist in sozialer sowie in wirtschaftlicher Hinsicht gerechtfertigt, da man dem Bergarbeitnehmerstande nicht zumuten kann, auf die großen Summen aus der Kohlensteuer, die zur Aufbesserung seiner Lebenshaltung notwendig sind, zu verzichten. (Fortsetzung folgt.)

Der Dollar 490.

An der Berliner Börse bestand am Mittwoch eine sehr lebhafte Nachfrage nach Devisen. Der Dollarkurs stieg in kurzer Zeit von 480 bis auf 498. Im weiteren Verlauf trat eine leichte Ermattung ein. Amtlich notierten Kabel New York 490, London 2200, Holland 19 300. An der Effektenbörse scheint sich das Interesse der Spekulation von den ausländischen Rentenmärkten mehr und mehr den inländischen Industriepapieren zuwenden zu wollen. Nachbörslich wurde der Dollar mit 490 gehandelt.

Gewerkschaftliches.

Bezirkskonferenz des ADGB.

Kartellkonferenz der Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Regierungsbezirk Merseburg.

Die Konferenz der Ortsausschüsse des ADGB. findet am Sonntag, den 23. Juli, vormittags 9 Uhr in Halle-Saale, Voltspark, statt.

Nachdem der Gewerkschaftskongreß in Leipzig die Marschroute festgelegt hat, wollen nun die dem Bezirkskartell für den Regierungsbezirk Merseburg angeschlossenen Ortsausschüsse des ADGB. mitwirken, daß die vom Gewerkschaftskongreß gefaßten Beschlüsse in die Tat umgesetzt werden. Dem Bezirkskartell waren Ende 1921 150 000 Gewerkschaftsmitglieder angeschlossen, die Konferenz soll einer weiteren Festigung und Sammlung dienen, die Gewerkschaftsbewegung weiter fördern.

Wir wünschen den Arbeiten der Konferenz den besten Erfolg.

Auf vulkanischer Erde.

Roman
von
Emmi Elert.

(28. Fortsetzung.)

„Un wenn ich hunnert Jahr und dausend Jahr in dat Fegefeuer müßten brat, un ich kriegten de ewige Seligkeit versproch, ich täten et nit. Wat han ich dir all zu Lieb getan. Dat wäß jo kee Mensch nit. Un grad wie en Heiligenbild han ich dich gehalt, un han dir geglaubt gehat wie an mei Schutzengel! Un dau? Wat hast dau getan? Bedrog hast dau mich, belog un bedrog! Un nu uf emal kommst de un bietst dich mir an — wie e Metz uf de Straß —! Nu sein ich eweil gut dafor, dei Schand uf mich zu hol! Gieh — ich hassen dich! Bah — dau Metz —!"

„Mathis —!" Schluchzend schrie sie auf. Da schritt er an ihr vorbei, ohne Blick, ohne Gruß, mit hocherhobenem Haupt, die Hände in den Hosentaschen vergraben.

— — — — —

Winter — langer, trüber Winter!

Kein Sonnenstrahl, kein Himmelsblau schaut mehr aus ewiger Höhe grüßend in das enge Tal. In grauer, nebliger Masse liegt die Wolkenschicht undurchdringlich, unbeweglich zwischen den Berghängen, als wäre der Himmel auf die Erde gesunken.

Dämmerung statt des Tageslichtes! Hinter der südlichen Bergwand versteckt, beschreibt die winterliche Sonne ihre kurze Bahn; schon um vier Uhr beginnt die Nacht. Kein Eis und kein Schnee, keine klare, frische Winterluft. Nur Nebel und immer Nebel, Regen und Schmutz; das ist der Winter in Klinzig.

Und wenn oben auf dem Eifelplateau eine weiße, flimmernde Decke sich über Höhen und Täler senkt, wenn der rauhe Ostwind pfeifend über die Ebene streicht, dann blickt man oben von der eisigen Höhe aus überrascht in den schwarzgrünen Kraterschlund, der da plötzlich vor den Augen sich gähnend öffnet. Im saftigen Grün hängt der hohe Buchs seine duftigen Blätter über schroffe Felskanten, zwischen denen Brombeerranken und Farren in fast sommerlicher Frische prangen. Vorwitzig schauen junge Erdbeersprossen unter dem welken Laub hervor, als wüßten sie, daß der Winter hier nicht so grausam sein wird, ihre Neugier mit Vernichtung zu bestrafen. An Tagen, da der Nebel sich geteilt hat und das Stückchen Himmelsblau sichtbar ist, könnte man sich plötzlich in den Frühling versetzt denken; und manch Veilchen, das unter der Erde schlief, streckt traumverloren sein Köpfchen in die warme, feuchte Winterluft.

Erst im Januar dichtet sich die Atmosphäre zu kleinen glitzernden Kristallen, die sich als Rauhreif an die laublosen Bäume und an die Nadeln der Koniferen hängen. Wie in feenhafter Pracht ruhen die waldigen Berghänge in heiliger Stille unter dem blauen Gewölbe — als feierte die Natur ihr Christfest mit tausend und tausend leuchtenden Weihnachtsbäumen in dem ewigen Dome.

Langsam rauscht die geschwätzige Klinz über verglastes Gestein, und aus den Felsklüften plätschern die Wasserstürze über lange Eiszapfen und Gletscher, die in ihrer winterlichen Starrheit einen wunderlichen Kontrast bilden zu der lebenden Brunnenkresse und den grünen Farren, über die das träge Wasser sickert.

Klinzig im Winter! Alles scheint nun im Winterschlaf zu liegen — die Natur, die verschlossenen Häuser und die Arbeit der Menschen. Schwatzend stehen die kräftigen Männer da an den Straßenecken und unterhalten sich vom Dorfklatsch. Oder sie liegen im Fenster und vertreiben sich die Zeit, die Vorübergehenden anzurufen und die Nachbarn zu beobachten.

Die Frauen und Mädchen sitzen in der warmen Stube und besprechen die Neuigkeiten, die ihnen durch die Männer von der Straße und aus der Wirtschaft hergetragen werden. Der Winter ist lang und da wird das Leinenzeug immerhin noch fertig genäht sein, bis die Fremden kommen, da können die Hände schon mal müßiger sein als der Mund. Wenn es draußen nicht zu kalt ist, dann gehen die weiblichen Einwohner Klinzigs ebenso gern auf den Schwatz wie die männlichen. Im Winter passiert ja so wenig im Dorf, da hört man gern, was die andern vielleicht neues wissen; im Sommer haben die Frauen ohnehin keine Zeit, sich um den Dorfklatsch zu kümmern ,da tragen ihn die müßigen Männer allein aus.

In diesem Winter wurden die Gemüter immer noch in Spannung gehalten durch den gewaltsamen Tod des Gendarmen. Doch über den Verlauf der Verhandlung gegen den gefangenen Zigeuner wußte niemand etwas zu sagen, und das Kreisblatt hatte sich in der letzten Zeit in Schweigen über diesen Fall gehüllt. Die Burschen, welche bei dem Ueberfall beteiligt waren, erleichterten ihr Gewissen durch die Beichte, und glaubten nun mit um so größerer Sicherheit sich der beruhigenden Gewißheit ihrer Unschuld an dem tragischen Ausgang hingeben zu können. Der Zigeuner hatte den Gendarmen erschlagen, darin bestand ja gar kein Zweifel, und die Art der Ausführung des Verbrechens war mit allen nur denkbaren und undenkbaren Nebenumständen längst als positive Tatsache nach allen Richtungen hin durchgehechelt worden. Unbegreiflich war nur, daß das Gericht so lange mit dem Prozeß zauberte und den schwarzen Mörder nicht bald nach der Tat um einen Kopf kürzer machte, meinten die Leute, und die Burschen, in denen das Gewissen nun so sicher schlummerte, nickten Beifall.

Zum Debattieren und Klatschen gab es auch sonst noch Stoff genug. Daß der Peter Schommer seine erste Vaterschaft schon im Januar antreten mußte, hatte ihn ebenso überrascht wie das ganze Dorf. Aber ob der Aerger darüber ihn mehr wurmte als der Spott der Leute, darauf konnte er sich selbst keine Antwort geben. Wütend verbiß er sich in den Aerger und steckte den Spott grimmig ein. Was half es auch, daß dieser schändliche Betrug vom Trautche ihn wurmte und quälte — geschehen war geschehen! Und seine Frau war sie nun doch einmal und mußte sie bleiben, daran war nichts mehr zu ändern, nachdem der Segen des Priesters den Bund unlöslich geschlossen hatte. Und dem Kinde konnte er doch schließlich den Platz an der Mutter Brust nicht streitig machen — geschehen war geschehen! Aber wessen Züge es vielleicht dereinst mal verraten würden, darüber zermarterte er sein Gehirn in ohnmächtigem Grimm. Dem Trautchen konnte er kein Geständnis abzwingen. Mochte er bittend oder drohend ihre Beichte verlangen, immer wieder hielt sie als Antwort ihm seine eigenen Sünden vor. Da mußte er sich eben ins Unvermeidliche fügen und abwarten. Von all dem Spott, den er über sich ergehen lassen mußte, ärgerte ihn der vom Mathis am meisten, als der ihm vor den andern lachend zurief:

„Pit, ich gratolieren dir ooch zu dei Kindche. Dat war als ehnder do, als dau et geruf hast, gelt — dat gitt emol ä flink Mädche! Jo, wer am heeßen Owen sitzt, der verbrennt sich leicht, hahaha!"

Der Pit hatte eine freche Antwort auf der Zunge, aber er unterdrückte sie, denn wer konnte wissen, was er sonst noch etwa zu hören bekam — vielleicht war unter den Burschen einer, der die Beichte des Trautchens als Mitbeteiligter zum besten gab —! Nein, der Spott war auch ohnehin schon drückend genug.

Des Mathis Verhältnis zur Lies wurde viel beklatscht und besprochen. Allgemeines Erstaunen aber hatte seine Beteiligung an der Wallfahrt nach Clausen im Spätherbst hervorgerufen. Wie hatte der Mathis sonst die Bußgänger als vom Pfaffen besessen verhöhnt und verlacht, und nun war er selbst so fromm und demütig mit dem Hut in den gefalteten Händen laut betend in der Reihe der büßenden Wallfahrer mitgeschritten, den weiten Weg nach Clausen zu.

Auch das Lenchen war dort wallfahrten gewesen, aber in einem andern Zuge. Seither hatte sie im Dorf niemand mehr gesehen. Den größten Teil des Tages verbrachte sie im Betstuhl zu Hause, oder sie lag kniend im inbrünstigen Gebet vor dem Marienbilde in der Kirche, wenn die frühe Dämmerung hereingebrochen war. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220720-14/fragment/page=0002

D. H. V.

Das Wirken des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband überschwemmt die gesamte reaktionäre Presse in Deutschland mit Pamphleten gegen die freie Angestelltenbewegung und insbesondere den Zentralverband der Angestellten, die dazu dienen sollen, das Licht, das der Rathenaumord auch bezeichnenderweise auf den D. H. V. wirft, zu verdunkeln. Zur Klärung der Tatsachen sei folgendes festgestellt:

An dem Treiben, das die Pogromstimmung gegen freiheitlich und republikanisch gesinnte und besonders jüdische Männer in Deutschland erzeugte, ist der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband nicht unschuldig. Kennzeichnet es diesen Verband schon, wenn er keine jüdischen Mitglieder in seine Reihen aufnimmt, so dient weiterhin seine schon immer entsaltete wüste antisemitische Propaganda durch Anpeitsung und Verbreitung judenfeindlicher Schriften dazu, Verhetzung in die Reihen der Angestelltenschaft und darüber hinaus breiten Schichten der Volksgenossen zu tragen. Eng verbunden damit hetzt er auch gegen republikanische Minister, wie er gegen den ermordeten Minister Rathenau gehetzt hat. Oder ist es keine Verhetzung, wenn Walter Lambach, ein führendes Mitglied des D. H. V., folgenden Erguß in vielen Tageszeitungen veröffentlichte:

„Löwenzeit war, als zusammengebissene Zähne der Deutschen vierundeinhalbes Jahr der ganzen Welt Trotz boten. Fuchszeit ist jetzt, da sich auf Bismarcks Stühle als Deutschlands Außenminister der Bankjude Rathenau rekelt ... Fuchszeit ist jetzt, da die schwarz-weiß-rote Ehrensflagge den gelben Schmachtfreifen trägt."

Der D. H. V. hetzt deswegen gegen die Juden und die Republik, weil er bestrebt ist, die Monarchie wieder einzuführen. Deswegen pflegt er auch enge Gesinnungsgemeinschaft mit monarchistischen und nationalistischen Verbänden, was daraus klipp und klar hervorgeht, daß er mit dem jetzt verbotenen Bund der Frontsoldaten (Stahlhelm), der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei, wie auch dem ebenfalls verbotenen Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund und anderen mehr gemeinsame Veranstaltungen, wie Sonnenwendfeiern und dergl. begeht. Bei solchen Sonnenwendfeiern sind es führende Mitglieder des D. H. V., die die sogenannten Feuerreden halten. Ueber eine dieser Sonnenwendfeiern, die auf dem Kindelsberg bei Siegen i. W. stattfand und auf der der bekannte D. H. V.-Führer Walz die Feuerrede hielt, sagt das bürgerliche „Sieg-Rheinische Volksblatt" Nr. 40 vom 19. Juni d. J. in einem Bericht über diese „Brandrede" des Walz folgendes:

„... Ihm stand mehr die gute alte Zeit vor Augen und manche Wendungen konnten, so gemäßigt sie auch klangen, so gedeutet werden: Wenn das alte Regime doch wiederkäme. Gut und Blut geben wir dafür her; ein Idealismus, der zu einer Gefahr für den gegenwärtigen Staat werden kann. Umsomehr, als gerade in diesen Tagen allüberall ähnliche Feiern und Zusammenkünfte von Militärvereinen stattfinden. Das ist ein Spiel mit dem Feuer, ein Beginnen, das das das deutsche Volk in seinem politischen Hader beharren und am Ende ganz zu Grunde gehen läßt."

Alle diese Tatsachen, die durch viele andere Beispiele noch erhärtet werden können, kann der D. H. V. nicht ableugnen, deshalb unternimmt er eine Pressekampagne gegen den Zentralverband der Angestellten, der diese Tatsachen feststellte, um ihn der Verhetzung und Verleumdung zu zeigen.

Demgegenüber muß festgestellt werden: Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband ist weder vom Allgemeinen freien Angestelltenbund, noch von einer diesem angeschlossenen Organisationen verleumdet worden. Wenn er darin, daß ihm wahrheitsgemäß seine eigene Taten vorgehalten werden, eine Verleumdung sieht, so zeigt das mit aller Deutlichkeit, wie sehr er sich seiner politischen Sünden bewußt ist.

Von dem, was über den D. H. V. wahrheitsgemäß gesagt worden ist, kann selbstverständlich kein Wort zurückgenommen werden.

Aus aller Welt.

Raubüberfall im Schnellzug Liegnitz—Breslau.

Ein Deutschamerikaner schwer verletzt.

In der vergangenen Nacht wurde auf der Strecke Liegnitz—Breslau ein in einem Abteil zweiter Klasse allein reisender Deutschamerikaner, der sich auf der Fahrt nach Oberschlesien befand, von zwei Männern überfallen. Als er um Hilfe rief, erhielt er einen Hieb auf den Kopf, der ihn bewußtlos machte; er wurde dann aus dem fahrenden Zuge geworfen. Von einem Bahnwärter aufgefunden, wurde er mit einem Güterzuge nach einem Krankenhause transportiert. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Warenhausbrand in Newyork. Aus London wird gemeldet: Bei einem Brand in einem großen Newyorker Warenhause, bei dem zahlreiche Explosionen erfolgten, wurden zwei Personen getötet und 30 verletzt. Nach den vorliegenden Berichten ist dieses der größte Brand seit dem Brande des Mizitz-Cable-Gebäudes. Sämtliche Newyorker Feuerwehren waren an der Brandstelle versammelt.

Die Ursache des Zugunglücks auf der Orient-Expreßstrecke. Nach einer Meldung aus Bukarest hat die amtliche Untersuchung ergeben, daß der Eisenbahnunfall bei Sinaia dadurch verursacht worden ist, daß die Brücke über die Prahova unter der Last von zwei Lokomotiven eingestürzt ist. Die Brücke war im Jahre 1917 durch die deutsche Armee errichtet und seither nicht renoviert worden. Zur Verhütung weiterer Unfälle wurden Maßnahmen getroffen. Der Eisenbahnverkehr zwischen Bukarest und Sinaia ist noch nicht wieder hergestellt. Die Expreßzüge Bukarest—Wien verkehren über Hermannstadt und Arad.

Sport und Körperpflege.

Eröffnung des Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportfestes.

Das 1. Deutsche Arbeiter-Turn- und Sportfest wurde mit einer Hauptprobe am 15. und 16. Juli eröffnet. 4000 Leipziger Schüler und Schülerinnen marschierten am Sonnabend zu ihren Freiübungen auf, die einen guten Eindruck bei den Zuschauern erweckten. In der Hauptsache gehörte der Sonnabend den Kindern. Neuheit lebendig durchgeführte Spiele und schöne Geräteübungen am Barren und Bock zeugten von einem guten Stand der Kinder-Turnbewegung in Leipzig. Die vorgesehenen Reckspiele und Volkstänze mußten infolge der außergewöhnlich kühlen Witterung ausfallen. Die Radfahrer zeigten kunstvolle, sicher gesteuerte Reigen.

Der Sonntag litt unter der Ungunst des Wetters. Schon während des Geräteturnens und der leichtathletischen Uebungen am Vormittag setzte ein leichter Regen ein, der aber die Durchführung des Programms weiter nicht beeinflußte. Am Nachmittag marschierten 2500 Leipziger Turner in wunderbarer Ordnung zu den Massenfreiübungen auf. Wuchtig brauste das Sturmlied der freien Turner über den weiten Platz. In tadellos ausgerichteten Reihen führten die Turner ihre Uebungen in einer prachtvollen Weise aus, trotzdem schon ein starker Regen einsetzte. Als die 1000 Turnerinnen aufmarschierten, goß es in Strömen. Ein grauer Regenvorhang senkte sich vor den Aufmarschsäulen, man konnte nur noch die weißen Schwitzer der Turnerinnen durchschimmern sehen. Bewundernswert war das Verhalten der Turnerinnen. Unbekümmert marschierten sie in straffer Haltung und vorzüglicher Ordnung zur Aufstellung. Erst der Befehl der Leitung brachte sie vom Platz. Die Tausende von Zuschauern retteten sich in die mächtige, festgebaute Festhalle, in der ein reges Leben herrschte. Da an eine Durchführung des Programms nicht mehr zu denken war, wurden Sondervorführungen gezeigt, an denen naturgemäß die Turner und Turnerinnen den Hauptanteil hatten. Die Leistungen verdienen fast durchweg das Prädikat: Sehr gut. Auch die Athleten, Radfahrer und Sänger ließen es sich nicht nehmen, ihren Teil dazu beizutragen, daß wenigstens in der Festhalle eine frohe Stimmung nicht aufkommen konnte; sie fanden ein sehr dankbares Publikum, das mit seinem Beifall nicht kargte. Und als gegen 10 Uhr abends die Besucher sich zum Heimmarsch rüsteten, konnten sie das Bewußtsein mitnehmen, daß sie trotz der üblen Laune des Wettergottes auf ihre Kosten gekommen sind. Die Festleitung aber hat bewiesen, daß sie auch unter widrigen Verhältnissen ihren Mann steht und daß die Organisation des Festes in guten Händen liegt.

Aus alten Mappen.

Bettelbriefe eines Preußenkönigs an Napoleon I.

Dasselbe widerliche Schauspiel, das Wilhelm der Letztere und sein Aeltester nach dem Zusammenbrechen ihrer Aufgeblasenheit bieten, gewährte bereits vor reichlich 100 Jahren ihr Ursahne.

1850 erschien ein umfangreiches Buch, dessen Titel lautete: „Der Krieg von 1806 und 1807." Ein Beitrag zur Geschichte der preußischen Armee, nach den Quellen des Kriegsarchivs bearbeitet von Eduard v. Höpfner, Generalmajor und Direktor der Königlichen Allgemeinen Kriegsschule. Das preußische Heer befand sich 1806 bei Jena in einem so verwahrlosten Zustande, daß Napoleon leichte Mühe hatte es aufzurollen, zumal die Führung in den Händen des Fürsten Hohenlohe, eines unfähigen Feiglings lag. Nach wenigen Tagen waren die preußische und die ihnen verbündete sächsische Armee, soweit sie nicht gefangen waren, zerstreut und flüchtig. Da schrieb der Preußenkönig Friedrich Wilhelm III., der von Jena aus nach Weimar zu gestohen war, folgenden Brief an Napoleon:

„Eure Kaiserliche Majestät wollen doch ja sich mit mir verständigen und die Beziehungen wieder aufnehmen, die so glücklicher Weise bisher zwischen uns bestanden haben. Mit der größten Aufrichtigkeit reiche ich die Hand dazu, gerade wie ich mit der größten Bereitwilligkeit entgegengekommen wäre, wenn das Glück meine Waffen begünstigt hätte. Sire, teilen Sie mir die Grundlagen mit, auf die Eure Majestät alles der Vergessenheit anheimgeben wollen, was uns entzweite, da doch eigentlich unsere Freundschaft über allen Zweifel erhaben sein sollte. Eure Majestät werden mich bereit finden, allen zumutbaren, was auf immer unsere Einigkeit herstellen kann. Eure Majestät erhabene Seele und Aufrichtigkeit sind mir zum voraus sichere Bürgschaften dafür, daß sie nichts verlangen werden, was gegen meine Ehre und die Sicherheit meiner Staaten ist." . . . . .

Auf dieses würdelose Gewinsel antwortete Napoleon nicht, obwohl der Flügeladjutant des Königs, Major Graf Dönhof, das Schreiben persönlich überbracht hatte. Etwa eine Woche später, am 26. Oktober 1806, schrieb Friedrich Wilhelm III. in einem weiten Bettelbriefe an Napoleon:

„Mein Herr Bruder! Niemand hat mehr wie ich die unglücklichen Umstände bedauert, die den Kriegszustand zwischen uns herbeigeführt haben, die doch zweifelsohne sich so wenig mit den wirklichen Interessen unserer beiden Nationen verträgt. Sie sind zu gerecht, mein Herr Bruder, um mich des unüberlegten Bruchs des Bandes anzuklagen, welches meine persönliche Neigung zu ihnen mir doppelt teuer macht. Sie sind zu groß, als daß das Ergebnis eines einzigen Tages Sie veranlassen könnte, mich geringer zu schätzen. Indem ich den Marquis von Luchesini in Ew. M. Hauptquartier gesandt, um dort über den Waffenstillstand und den Frieden zu verhandeln, glaube ich, den aufrichtigen Wunsch bekundet zu haben, daß die Beziehungen, wie sie einzig zwischen uns bestehen sollten, wieder aufgenommen werden möchten. Darf ich Ihnen, Sire, ein Geständnis machen? Es schmerzt mich tief, noch ohne Nachrichten über den Empfang zu sein, der den Eröffnungen dieses Ministers bereitet worden ist. Wenn er ein solcher gewesen ist, wie ich mein Vertrauen zu den Entschließungen Ew. Majestät erwarten läßt, warum bin ich nicht schon längst davon unterrichtet worden? Die Rüstsendung der russischen Armee würde die sofortige Folge sein, und aus einem Zustande der Ungewißheit befreit, der mich schwer drückt, würde ich nicht zögern, Ew. Kaiserl. Majestät den Beweis meines heißen Wunsches zu geben, mit Aufrichtigkeit meinen Verpflichtungen nachzukommen, die, wie ich zu glauben wage, der Anfang einer neuen und unverbrüchlichen Innigkeit zwischen uns sein werden."

Mit der Innigkeit hatte es gute Weile. Napoleon forderte, was ihm zum Herzen über Preußen machte. Das schrieb der gekrönte Jammerlieg am 7. November zum dritten Male:

„Mein Herr Bruder! Indem ich Ew. Kaiserl. Majestät um Frieden bat, handelte ich nicht nur nach den Vorschriften meiner Vernunft, sondern auch nach denen meines Herzens. Ungeachtet der schrecklichen Opfer, die Sie, Sire, mir auferlegt haben, wünsche ich dennoch aufs wärmste, daß dieser Friede, der ja schon durch meine Annahme seiner Grundlagen gesichert ist, mich bald instand setzen möge, die freundschaftlichen Beziehungen zu Ew. K. M. wieder aufzunehmen, die eine kurze Spanne des Kriegs unterbrochen hat. Es ist süß für mich, mein Herr Bruder, von diesem Augenblicke an meinen aufrichtigen Wunsch, sie zu nähren, durch einen Beweis des Vertrauens zu bekunden, und ich glaube ihn Ew. K. M. dadurch zu geben, daß ich nicht einmal die Unterzeichnung des Friedensvertrages abwarte, um den Marsch der russischen Truppen aufzuhalten." In den Schlußsätzen des Briefes wird um Schonung Brandenburgs und Berlins gebeten, die eine Schöpfung Friedrichs des Großen seien, mit dem Napoleon „viele Berührungspunkte" habe. Dann wird um Rückgabe von Halberstadt und Magdeburg gebettelt. Die Erfüllung dieser Bitte „würde ich als ein kostbares Zeichen Ihrer persönlichen Gefühle für mich betrachten und, Sire, rechnen Sie auf mein Wort, ich werde mich mit wahrem Eifer bemühen, sie auf das Gerechteste zu vergelten." Die Antwort erteilte Napoleon dem „lieben Bruder" durch den Frieden von Tilsit am 9. Juli 1807, in dem Preußen alles Land westlich der Elbe verlor.

Für die Weltsprache Ido (wissenschaftlich präzisiertes Esperanto) findet vom 5. bis 9. August in Dessau der II. Weltsprache-Kongreß statt. (Im vorigen Jahre war er in Wien.) Eine große Anzahl Vorträge wie Teilnehmer sind schon angekündigt. Mitteilungen wie Anträgen sind zu richten an den Vorsitzenden des Kongreß-Komitees, Landtagspräsidenten Heinrich Peus, Dessau. Die Dessauer Einwohner, insbesondere die Arbeiterschaft, treffen alle Vorbereitungen, um den zahlreichen internationalen Gästen, die alle dieselbe Sprache sprechen, angenehme Tage zu bereiten.

Warum nennt man den Amerikaner „Yankee"? Das große englische Wörterbuch, das seit einer Reihe von Jahren vom der Universität Oxford herausgegeben wird und nun vollendet ist, bringt unter den interessanten etymologischen Deutungen des letzten Bandes auch eine Erklärung der Bezeichnung Yankee für den Amerikaner. Das Wort soll nach einem Referat in der „Umschau" (Frankfurt a. M.) aus einer Diminutivform des holländischen Vornamens Jan, Janke, entstanden sein, und bedeutet also eigentlich „Johannchen". Thierry, der in der Etymologie sehr bewandert war, soll schon 1866 den Yankee für eine Zusammensetzung von holländisch Jan und der Verkleinerungssilbe ke = deutsch chen gehalten haben, so daß das Wort Johannchen oder Hänschen bedeutet. Ein berühmter nordamerikanischer Pirat des 17. Jahrhunderts wurde der „holländische Yanky" genannt, und von den holländischen Siedlern ist dann die Bezeichnung auf den Nordamerikaner überhaupt übergegangen. Der Yankee Doodle, die amerikanische Nationalhymne, ist ursprünglich eine Verspottung der Kolonialtruppen und bedeutet: Hänschen der Trällerer. Das Spottlied wurde 1755 von einem Offizier des Lord Amherst verfaßt.

6 Milliarden Tonnen Gold im Meere! Kaum ein halbes Jahrhundert ist es her, daß man mit Hilfe der Mikrochemie im Meerwasser Gold hat nachweisen können. Allerdings in sehr geringen Spuren. Nach H. Koch enthält beispielsweise das Wasser der Adria 3—4 Milligramm pro Kubikmeter, das der Riviera 2,5 Milligramm, das Wasser des Atlantischen Ozeans 5—11 Milligramm Gold. In die Meere gelangt aber das Gold durch die Flüsse, die fast alle in geringen Mengen Gold führen. Ing.-Chemiker Ernst Fritz Höppler, der diese Frage in der „Umschau" (Frankfurt a. M.) ausführlich behandelt, teilt mit, daß z. B. das Rheinwasser etwa 0,02 Milligramm Gold im Kubikmeter enthält. So gering diese Menge an sich erscheint, gibt der Rhein dem Ozean im Jahre etwa 1200 Kilogramm Gold. Andere Flüsse führen den Weltmeeren teils mehr, teils weniger Gold zu, besonders reich ist natürlich die Goldabgabe durch die Gewässer der goldreichen Länder, Amerika, Australien und Südafrika. Die so dem Meere zugeführte gesamte Goldmenge hat man mit Sicherheit auf rund 5—6 Milliarden Tonnen veranschlagt. Daneben sei erwähnt, daß ebenso der Silbergehalt des Meeres ein ganz gewaltiger ist, man bezifiert ihn auf etwa 10—12 Milliarden Tonnen. Diese Metalle finden sich in äußerst feinen Stäubchen im Meereswasser verteilt, sinken aber durch Vereinigung zu größeren Partikelchen in die Tiefe ab, woraus sich der besonders starke Goldgehalt des Tiefseeschlammes erklärt. Um sich eine ungefähre Vorstellung von der Größe einer Goldmenge von 6 Milliarden Tonnen zu machen, denke man sich rund um Banern herum eine massive Mauer aus diesem Meergold gebaut, diese würde dann 5 Meter dick und 50 Meter hoch sein! Würde man diese Goldmenge gleichmäßig unter sämtliche Bewohner unseres Erdballs verteilen, so würde jeder Mensch ca. 130 Millionen Goldmark erhalten. Daß dadurch das heute so viel umworbene Gold fast wertlos würde, bedarf gewiß keiner Frage. Doch ist es denn möglich, das Gold aus dem Meere zu gewinnen? Höppler weist auf Versuche hin, die in New Yersey seit den Jahren 1910/11 in dieser Richtung unternommen und fortentwickelt worden sind. Sie beruhen darauf, daß Hochofenschlacke nach Behandlung mit Eisenvitriol die Eigenschaft besitzt, das Gold dem Meerwasser zu entziehen. Aus solch einem goldhaltig gewordenen „künstlichen" Erz wird dann das Gold auf dem gewöhnlichen Wege gewonnen. Heute ist man dort schon soweit, daß von einer Metallurgie des Meergoldes gesprochen werden kann.

Provinz und Umgegend.

Löhne für Pflegepersonal.

Abschluß des Zulitöhne für das Personal der Landesheil- und Pflegeanstalten in der Provinz Sachsen und für das Personal der Provinzial-Blindenanstalt Halle.

Am 14. Juli wurden zwischen dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverbande der Kreise und Gemeinden e. V., Magdeburg und dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Magdeburg die Zulitöhne für das Personal der Landesheil- und Pflegeanstalten in der Provinz Sachsen und im Freistaate Anhalt sowie für das Personal der Provinzial-Blindenanstalt in Halle abgeschlossen. Die ab 1. Juli gültigen Löhne sehen eine Aufbesserung der Junilöhne um 25—30 Proz. für das männliche Personal um 20—25 Proz. für das weibliche Personal vor.

Als höchster Lohn beläuft sich ab 7. Jahre des Monatseinkommen eines verheirateten Oberpflegers ohne Kinder auf 4990 M., der niedrigste Lohn, der Lohn eines Hausmädchens mit freier Station, wurde auf monatlich 700 M. festgesetzt.

Zichornewitz. Gemeindevertreterersatzwahl. In der am 13. d. M. stattgefundenen Gemeindevertreterersatzwahl waren neben dem Gemeindevorsteher und dem Schöffen acht Gemeindevertreter anwesend. Zur Beratung kamen folgende Punkte der Tagesordnung: 1. Einführung des Gemeindevertreters Kuntze. Gemeindevertreter Kuntze wurde vom Gemeindevorsteher Schröder in sein Amt eingeführt und mittels Handschlag zu diesem Amt verpflichtet. — 2. Antrag der V. K. P. D. um Gewährung der Lehrmittelfreiheit. Anläßlich an den Antrag verliest der Vorsitzende gleichzeitig einen ministeriellen Erlaß, wonach Lehrmittelfreiheit nur den Bedürftigen, also den Unbemittelten gewährt werden darf. Es erfolgte sodann eine Diskussion, woran sich sämtliche Vertreter beteiligten. Es wurde beschlossen, die Lehrmittelfreiheit auf Grund des ministeriellen Erlasses den Minderbemittelten zu gewähren. Die Bedürftigkeit soll durch eine Kommission, bestehend aus zwei Mitgliedern der Gemeindevertretung und zwei des Wohlfahrtsausschusses, geprüft werden. Von der Gemeindevertretung wurden Gemeindevorsteher Schröder und Gemeindevertreter Kuntze gewählt. — 3. Haushaltsplan 1922. Sehr umfangreich war der Haushaltsplan. Er wurde eingehend beraten. — 4. Antrag der S. P. D. um Beschaffung der Reichsfahne. Der Antrag kam zur Abstimmung und wurde mit 6 gegen 4 Stimmen abgelehnt. — 5. Antrag der freiwilligen Feuerwehr um Gewährung einer Beihilfe. Dem Antrag wurde stattgegeben und der freiwilligen Feuerwehr eine einmalige Beihilfe von 1000 Mark einstimmig bewilligt. — 6. Weiterer Ausbau der Dorfstraße. Der Vorsitzende begründet den Ausbau des unteren Teiles der Dorfstraße. Die Versammlung schloß sich dem Vorschlage an und bewilligte die Kosten zur Anschaffung der Bord- und Rinnsteine. Auch der Bürgersteig soll eine wesentliche Ausbesserung erhalten. — 7. Bewilligung der Mittel zum Ausbau des Dachgeschosses. Die Vertretung hält ebenfalls, wie der Vorsitzende erwähnte, einen Ausbau für erforderlich. Die Kosten wurden bewilligt. — 8. Anstellung des Schulhausmannes Pobbig als Kommunalbeamter. Da die Gemeinde zurzeit noch Gesamtschulverband hat, wird der Punkt von der Tagesordnung abgesetzt und der Antrag dem Schulvorstand überwiesen. — 9. Uebernahme des Friedhofes auf die politische Gemeinde. Gemeindevorsteher Schröder übernahm das Referat und erwähnte, daß auf seinen Vorschlag hin der Gemeindekirchenrat einen Beschluß zur Abtretung des Friedhofes an die politische Gemeinde gefaßt habe. Die Vertretung hält ihre Zustimmung zur Uebernahme. Bevor weitere Arbeiten aufgenommen werden sollen, schlägt Gemeindesekretär Hofmann vor, von der Wahl einer Friedhofskommission heute Abstand zu nehmen und zunächst eine Friedhofsordnung aufzustellen. Diesem Vorschlage wurde stattgegeben. — 10. Verschiedenes. 1. Von einigen Tumultschadenersatzanträgen wurde Kenntnis genommen und ein Antrag in die nichtöffentliche Sitzung verwiesen. 2. Dem Antrage des Wohlfahrtsausschusses auf Bewilligung einer einmaligen Beihilfe von 4000 Mark an eine seit längerer Zeit erkrankte Person wird stattgegeben. 3. Für den Arbeiter-Turnverein wurden als einmalige Beihilfe zur Anschaffung von Geräten 5000 Mark bewilligt. 4. Der Antrag der Interessenten auf Beteiligung an Ehrenfeldhütten wurde dem Landratsamt befürwortend weitergegeben. 5. Eine Eingabe über den Verkauf des Polizeihundes soll nochmals an den Landrat gerichtet werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220720-14/fragment/page=0003

Alte Promenade IIa

Fernruf 5738 — Ab morgen Freitag, den 21. Juli 1922 — Fernruf 5738

Das historische Film-Gemälde in 9 Akten

Königin Luise

Die Königin der Schmerzen.

Ein Stück preußischer Geschichte von 1788—1810 wird in prachtvollen Bildern auf die Leinwand gebracht.

Vorführung: Sonntags 3.10, 5.00, 6.50, 8.40, Wochentags 4.10, 6.20, 8.30. Beginn: Sonntags 3 Uhr, Wochentags 4 Uhr.

Zur ersten Vorstellung haben Jugendliche Zutritt, abends nur in Begleitung Erwachsener.

Leipzigerstraße 88
Fernruf 1224
Ab morgen Freitag

Auf allgemeinen Wunsch:

Henny Porten in ihrem Monumentalfilm **Die Geier-Wally**

Drama in 6 Akten nach dem bekannten Roman von Wilhelmine von Hillern. Vorführung: 4.20, 6.30 8.50.

Comtesse Hanne. Lustspiel in 2 Akten mit Hanne Brinkmann.

Das Staatsbegräbnis des Ministers Dr. Rathenau.

Beginn: Sonntags 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr.

Walhalla.

Dir. Josef Milos.

Heute Donnerstag ringen:
Bilkau—Petrikow
Hamburg Lettland
Vogtmann—Kyryjoff
Bayern Sibirien
Macdonald—Obluda
Schottland Westpr.
Gemmel—Hans Steinke
Nürnberg Deutschland

Jeder Kampf sofort bis zur Entscheidung Dauerkarten zu ermässigten Preisen.

Brieftaschen prima Leder, billigst
Hugo Krasemann,
Lederwaren-Spezial-Geschäft
nur Schmeerstraße 19.

Leder-Sport-Gürtel
in 6 verschiedenen Farben
40 mm breit 85.00 Mark,
30 mm breit 65.00 Mark,
J. Rautenberg,
Leipziger Str. 87 Große Brauhausstraße.

HEINROTH & IGNG
PATENT- & ING. BÜRO
HALLE S., KL. BERLIN STR. 3 TEL. 3 3 0 0

Licht-Spiele

Morgen Freitag

3 Erstaufführungen! Nur für Erwachsene!

Persönliches Auftreten
von
— Rudi Bach, Wally Vera und Rudolf Werder —
in dem neuen Filmsketsch

„10 Minuten Liebe"

in 2 Film- und 2 Bühnenteilen.

Außerdem:

Die Beichte einer Krankenschwester

Ein Sittenbild aus der Vergangenheit einer Krankenschwester in 5 Akten.

In der Hauptrolle:
Ruth Weyher.

In fesselnden und erschütternden Bildern zeigt uns dieser Film das Schicksal einer jungen Baumeisterin, welche in ihren jungen Jahren verführt, betrogen und von ihrem Liebhaber verlassen und später im Krankenhause als Schwester Ruhe fand.

Ferner:

„Gerhards Sommerreise"

Lustspiel in einem Akt.

Hauptrollen: **Gerhard Dammann und Hansi Dege.**

Einlass: 3.30. Beginn: 4.00 6.15 8.30. Sonntags: Beginn: 3.00 Uhr.

Nur zeitiges Kommen sichert Platz!

Schreibmaschinen
und
Rechenmaschinen
Reparaturen
Fr. Wohlfarth,
Größtes Büromaschinen-Reparatur-Werk am Platze.
Büro: Schillerstr. 30 Werk: Wielandstr. 4
Fernsprecher 5102 Fernsprecher 5102

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Zeitz.

Freitag, d. 21. Juli, abds. 1/2 8 Uhr b. Kämpfe

Mitglieder-Versammlung,

Tagesordnung:
1. Abrechnung. 2. Unsere Lohnbewegung. 3. Festsetzung der Beitragshöhe. 4. Kartellbericht und Verschiedenes.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Versammlung zu besuchen. Die Ortsverwaltung.

Was jeder Arbeitnehmer wissen sollte
enthält in volkstümlicher Sprache und in kurzer, übersichtlicher, handlicher Form das
Wirtschaftliche
Arbeitnehmer-Jahrbuch
1922
Herausgegeben durch ein Kollegium von Arbeitern, Angestellten, Praktikern, Wirtschaftlern aller Gewerkschaften und Parteien.
Ersetzt eine ganze kostspielige Bibliothek
Umfang 240 Seiten. Preis nur 20.00 Mk.
Buchhandlung Volksstimme,
Gr. Ulrichstr. 27.

Mücheln!

Unser diesjähriges
Gewerkschaftsfest
findet am Sonntag, den 23. Juli, statt.

Festzug ab 2 Uhr nachmittags „Gasthof zum roten Hirsch". Von 3 Uhr an im „Schützenhause" zu Mücheln
Konzert, Preiskegeln, Blumenverlosung, Korso.

Abends 7 Uhr Ball im Gasthof „Gold. Anker" zu Möckering und Gasthof zu Stöbnitz.

Festabzeichen sind bei den Unterkassierern und im „Gasthof zum roten Hirsch" gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches zu bekommen.

Lebensmittel
kauft jeder in anerkannt besten Qualitäten stets preiswert und gut bei
Otto Bornschein
G. m. b. H.
Halle, Mittelstraße 21.

Der große Flatow
der anerkannt beste und umfangreichste
Kommentar zum Betriebsrätegesetz
ist vor kurzer Zeit in vollkommen neuer und erweiterter Auflage erschienen!
Es erübrigt sich, auf die Wichtigkeit und Bedeutung dieses für die Praxis best bewährten Kommentars hinzuweisen.
Wir empfehlen eine vollständige, gut kartonnierte Ausgabe zum ermäßigten Preise
von **80.— Mark.**
Betriebsräte und Vertrauensleute werden gebeten, für regen Umsatz bemüht zu sein, bei Mehrabnahme vergü en wir 10% Rabatt.
Buchhandlung der Volksstimme,
Halle a. d. S., Große Ulrichstraße 27.

Zigarren
Zigaretten
Rauchtabak
Kautabak
Pfeifen u. Spitzen
kauft man preiswert bei
Max Meßling,
Leipziger Str. 39
Gegenüb. Piano-Ritter

150.00
kosten die guten
Einsatz-Hemden
im
Dauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2.

SPEER

Bruchbänder, Leibbinden, Senkfußeinlagen
Fr. Speer, Halle (Saale),
Große Ulrichstraße 63
Krankenkassenlieferant.

Vereins-Anzeiger
zur
Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen
der Sozialdem. Partei,
Bezirksverband Halle. Harz 42/44. Fernruf 1611.
Ferner für die dem Allgem. deutschen Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Gewerkschaften sowie die auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden geselligen Vereine.

Gute Gartenerde
kann auf unserem
Baugrundstück Zentzschstraße 2
gegen eine Entschädigung von 30.— Mark pro volle Fuhre angefahren werden.
Gewerkschaft des Bruckdorf-Nietlebener Bergbau-Vereins Halle (Saale).

? Wo ?
kaufen Sie gut u. preiswert
Uhren, Gold- u. Silberwaren
Fugenlose Trauringe
Alpaka-Handtaschen, Medaillons usw.
bei
Gottfr. Schraut
Uhrmacher,
4 Schmeerstraße 4.

Billigste Bezugsquelle von
Matratzen
3teilig mit Leinen und Drellbezügen,
pr. Alpengrasfüllung,
engl. Bettstellen, pr. starkes Holz und Oelfarbenanstrich,
Patentmatratzen,
Chaiselongues
m. pr. Bezügen u. Verarb.
Plüsch- u. Stoff-Sofas
Klub-Sofas u. Sessel.
E. Mass,
Charlottenstraße 9.
Fernsprecher 3521.

Leder-Ausschnitte
Bedarfs-Artikel
Werkzeuge und Gummi-Absätze
kauft man nur bei
Wilhelm Kranig
Lederhandlung,
Neue Promenade 15.

Neuheit!
Gummi-Damenbinden.
Kein Wundscheuern, kein Beschmutzen der Wäsche.
Spülduschen, Klyso.
Versand:
Germania, Halle a. S.,
Landsberger Str. 5, I. Etg.

Stellen finden.

Geschirrführer,
solider, älterer Mann, guter Pferdepfleger, mit sehr guten Zeugnissen, von Großhandlung gesucht.
Zu erfragen 8—12 und 3—6 Uhr
Schillerstraße 1, Kontor.

Delitzsch. Frauengruppe. Freitag, d. 21. Juli, abends 8 Uhr, in der „Stadt Berlin". Bericht über den Bezirksfrauentag.

Bei Sobel kauft man gut u. billig Glas, Porzellan, Emaillewaren.

Kaufe ständig guterhaltene
Herren-Bekleidung,
getragene und neue, Wäsche und Pfandscheine.
Hammer, Rathausstr. 17

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220720-14/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Arbeiterjugend. Heute in allen Gruppen Veranstaltungen. Jeder muß kommen. Morgen, Freitag, abends 7 Uhr, wichtige Vorstandssitzung im Zimmer 14, Harz 42/44. Jedes Vorstandsmitglied muß erscheinen.

— **Gruppe Nord.** Heute, Donnerstag, den 20. Juli, in der Giebichenstein Schule Lieder- und Brettspielabend. Anfang 7 Uhr. Um zahlreiches Erscheinen bittet der Vorstand. Morgen, Freitag, d. 21. Juli, ½7 Uhr, findet bei Genossen Trabert, Fichtestraße 1a, eine wichtige Funktionärsitzung statt. Erscheinen aller Funktionäre ist Pflicht.

Der Vorstand.

Jungsozialisten. Donnerstag abends 8 Uhr spricht in Wilsdorfs Gesellschaftshaus (Karlstraße) bei der sozialist. Studentengruppe Gen. H. Waentig über „Demokratie und Hochschule". Alle Genossinnen und Genossen sind als Gäste herzlich willkommen!

Hallischer Gewerkschafts- und Vereinskalender.

Freier Sängerchor. Freitag abend 8 Uhr Singestunde. Bericht über die Fahrt nach Pirna und Beschlußfassung darüber. Alle Sänger müssen zur Stelle sein. Der Vorstand.

Halle und Saalkreisorte.

Halle, den 20. Juli 1922.

SPD., Ortsverein Halle.

Das für Sonntag, den 23. Juni, vorgesehene Sommerfest der SPD. kann infolge des Kellnerstreiks leider nicht stattfinden. Es wird jedoch an einem späteren Sonntag, Anfang August, abgehalten werden. Die bereits gelösten Karten behalten ihre Gültigkeit.

Der Vorstand.

Der hundertfache Papierpreis!

Auf dem Wege der Druckpapier-Steigerung gibt es anscheinend kein Halten mehr. Seit Beginn des Monats Juli ist der Papierpreis, der bis weit in die Kriegsjahre hinein 20 Pf. für das **Kilo betrug, auf 20 Mark festgesetzt. Das macht für den Waggon** statt früher 2000 Mark **jetzt 200 000 Mark.** Hierzu kommt noch, daß früher sich der Preis „frei Hof Druckerei" verstand, während heute nur „frei Bahnhof" geliefert wird. Das außerordentlich hohe Rollgeld ist also noch außerdem zu zahlen. Früher gewährten die Papierfabriken auch noch 2 Prozent Skonto bei Zahlungen innerhalb 30 Tagen, heute heißt es „netto Kasse". Doch mit alledem sind wir noch lange nicht am Ende. **Für Monat August ist, wie wir hören, eine weitere außerordentliche Papierpreissteigerung geplant.**

Der Reichstag aber macht ein Gesetz „zum Schutze der Presse", das den Zeitungen wenig oder garnichts nützen wird. Den Zeitungsverlagen wird daher gar nichts anderes übrig bleiben, als die Abonnementspreise, die bisher noch weit hinter der allgemeinen Preisentwicklung zurückgeblieben sind, **weiter zu erhöhen.**

Wie der Hauptschriftleiter der „Kölnischen Volkszeitung", Dr. Höber, feststellte haben bisher infolge der schwierigen Verhältnisse 3800 deutsche Zeitungen und Zeitschriften ihr Erscheinen eingestellt. Mit 1. Juli haben weitere 200 Zeitungen und Zeitschriften zu erscheinen aufgehört, so daß bereits 4000 deutsche Blätter dem Niedergang unserer Lebenshaltung zum Opfer fielen.

Wenn eine Zeitung sich halten will, ist sie gezwungen, mit der fortschreitenden Verteuerung, die sich besonders empfindlich auf dem Gebiete der für den Zeitungsdruck notwendigen Materialien bemerkbar macht, wenigstens einigermaßen Schritt zu halten, die Zeitungspreise bleiben aber dabei immer weiter hinter dem allgemeinen Teuerungsfortschritt zurück. Ständige Erhöhungen der Abonnements- und Inseratenpreise sind nicht zu umgehen, wenn ein Zeitungsunternehmen sich halten will. Die großen Unternehmungen, deren Kundschaft sich meist aus kapitalkräftigen Kreisen rekrutiert, tun sich da leichter als die mittlere und kleinere Presse. Ein Zeichen der Zeit sind die Inseratenpreise solcher großen Zeitungen. So kostet im „Berliner Tageblatt" eine kleine Inseratenzeile 35 M., eine ganze Seite 87 000 Mark. Auch ein großes Münchner Blatt verlangt für eine Seite 50 000 M. Im Vergleich dazu nehmen sich die Preise der Provinzzeitungen recht bescheiden aus.

Zum Schlusse mag auch der Galgenhumor zum Worte kommen: Der „Grafenauer Anzeiger" bittet die verehrlichen Inserenten, während der Beerenzeit die Inserate möglichst frühzeitig aufzugeben, weil das Druckereipersonal während dieser Zeit zum Heidelbeerpflücken geht, das sich besser rentiert als das Zeitungsdrucken . . . . —

Die Lage im Gastwirtsgewerbe.

Nebt Solidarität!

Die verschärfte Kampfparole der Gastwirtsangestellten, wonach in allen Betrieben, auch in den bewilligten, die Arbeit einzustellen ist, hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Angestellten dieser Betriebe haben fast restlos die Arbeit eingestellt. Die Gastwirte merken nun, daß die Angestellten noch nicht kampfmüde geworden sind und sie beginnen nervös zu werden. Sie zerrissen teilweise die von den Streikposten getragenen Plakate und vergriffen sich sogar tätlich an den Streikposten. Ganz besonders taten sich dabei die Besitzer der Hotels „Grüner Baum" und „Hohenzollernhof" und des Restaurants „Zum St. Nikolaus" hervor.

Die Gastwirtsangestellten sind natürlich durch das ganze Verhalten der Gastwirte ebenfalls gereizt, und es ist darum kein Wunder, daß es hier und da zu Zusammenstößen kam. In einigen Fällen wurde die öffentliche Ordnung auch durch das Eingreifen von Schupobeamten gestört, die sich das Recht herausnahmen, verschiedene Streikposten festzunehmen und zur Wache zu schleppen, angeblich, weil die Streikposten nicht die vorgeschriebene Erlaubnis zum Tragen der Plakate hatten. Unseres Erachtens hätte hier anders verfahren werden können. Aber wenn die Schupobeamten durch ihr Verhalten das Publikum erst darauf aufmerksam gemacht haben, **daß** im Gastwirtsgewerbe das Personal im Kampf steht, **so** kann das den Angestellten nur recht sein, denn dadurch erfahren viele erst, was eigentlich los ist. Es gibt noch Leute, die darüber noch nicht unterrichtet sind, daß die **Gastwirte** von den Angestellten verlangen, wieder für Trinkgelder statt für festen Lohn zu arbeiten und daß die Angestellten, die sich dessen weigern, ausgesperrt worden sind. Deshalb wird vom Publikum der über die Lokale verhängte Boykott vielfach nicht beachtet, auch von vielen Arbeitern nicht. Es muß aber verlangt werden, daß den ausgesperrten Kellnern weitgehendste Sympathie entgegengebracht und der Boykott beachtet wird. Es müssen alle Lokale, wo bisher Kellner beschäftigt wurden, **streng gemieden werden.**

Für den Verkehr freigegeben sind nur: Der „Volkspark", das Restaurant im Gewerkschaftshaus und das Restaurant der Produktivgenossenschaft in der Lerchenfeldstraße, ferner auf Wunsch der Christlichen Organisation der Angestellten das Stadtschützenhaus.

Wer andere Lokale als die eben erwähnten betritt, dort etwas verzehrt, fällt den ausgesperrten Kellnern in den Rücken und verstößt gegen das Solidaritätsprinzip. Wir dürfen annehmen, daß dieser Hinweis genügt, um wenigstens die organisierten Arbeitnehmer von dem Besuch der gesperrten Lokale abzuhalten.

Scharf gerügt werden muß es aber auch, daß sich Arbeiter finden, die sich als Streikbrecher hingeben und in den Lokalen, wo die Kellner die Bedienung eingestellt haben, diese Arbeit übernehmen, trotzdem sie noch eine andere Beschäftigung haben. Gegen diese Leute, wo man sie feststellen kann, wird vorgegangen werden müssen, denn ihr Verhalten ist ganz entschieden zu verurteilen.

Verbrecher-Anwälte.

Eine hiesige Tageszeitung brachte gestern folgende Notiz in Fettdruck:

„Hauptmann Seidenschnur in Sicht.

In Halle wird in den nächsten Tagen in besonderem Auftrage des Oberpräsidenten Hörsing der hier bereits bekannte Hauptmann Seidenschnur aus Magdeburg erwartet. Hauptmann Seidenschnur kommt an der Spitze eines Stabes von Beamten mit der speziellen Mission, hier die angeblich bestehenden und noch bestehenden, durch das Gesetz neuerdings verbotenen Organisationen „Escherich", „Ehrhardt", den „Stahlhelm" und so weiter aufzulösen. Wie es heißt, verfügt der Oberpräsident über ganz bestimmte Informationen, und es ist beabsichtigt, durch Hauptmann Seidenschnur, der aus seiner Wirksamkeit in der vielgenannten Ueberwachungsstelle beim Oberpräsidium in Magdeburg her in weiteren interessierten Kreisen hinlänglich bekannt ist, bestimmte Verhaftungen und Haussuchungen vornehmen zu lassen."

*

Wie aus dieser Notiz ersichtlich ist, soll der von Magdeburg nach hier entsandte Beamte die Maßnahmen der Staatsregierung gegen das Verbrechergesindel der geheimen Verschwörerorganisationen überwachen. Alle Volksgenossen, die mit jenen Schädlingen nichts gemein haben, werden dem Exekutivbeamten, Hauptmann Seidenschnur, die bestmögliche Unterstützung angedeihen lassen. Anders denken aber die Schriftleiter des Blattes, das die oben angeführte Notiz veröffentlichte. Diese „Zeitung" entblödet sich nicht, sich zum Anwalt der Verbrecher aufzuschwingen und gibt ihren Schädlingen aus den Mörderorganisationen folgende „Tips":

„. . . da wir der Auffassung sind, daß für keine amtliche Aktion Veranlassung vorliegt, sich in ihrem Auftreten irgendwie über die gesetzmäßigen Bestimmungen hinwegzusetzen, erscheint es zweckmäßig, hier ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß die besondere Mission des Hauptmanns Seidenschnur ihm keinerlei Handhabe gibt, sich etwa zu besonderen Maßnahmen zu autorisieren. Es sei vor allem darauf aufmerksam gemacht, daß Verhaftungen nur dann vorgenommen werden dürfen, wenn ein ausdrücklicher Haftbefehl vorgezeigt wird. Wofern das nicht geschieht, darf auf keinen Fall eine Verhaftung vorgenommen werden, **und man hat es in der Hand, es auf eine gewaltsame Festnahme ankommen zu lassen. Ungesetzlich ist ferner das beliebte Verfahren des Verhörs vor der Polizei. Wer verhaftet werden ist, soll verlangen, vor den Untersuchungsrichter geführt zu werden; außer diesem ist niemand befugt, ein Verhör anzustellen.** Man wird auf das Erscheinen der Kommission in Halle im übrigen mit Interesse warten dürfen."

Die Verbrecher haben also nun von „ihrer Zeitung" noch die letzten Verhaltungsmaßregeln bekommen. Das wird ihnen jedoch nicht viel nützen, denn es ist nicht anzunehmen, daß sich der Hauptmann hat auch noch für diese leichtfertige Berichterstattung büßen behindern läßt. Uebrigens gehören die betreffenden Anwälte nicht zu den besten ihrer Gattung. Wir möchten nur darauf hinweisen, daß sie für ihre Schützlinge schon einmal falsche Tips herausgaben, als sie die erfolgte Stahlhelmauflösung als nicht zutreffend hinstellten. Mancher allzu vertrauensselige Stahlhelmann hat auch für diese leichtfertige Berichterstattung büßen müssen.

Unseres Erachtens darf es nicht bei diesen Betrachtungen bleiben. Hauptmann Seidenschnur soll seine Pflicht erfüllen und gegen die Mörderorganisationen vorgehen. Die Regierung darf nicht dulden, daß die Banditen in aller Oeffentlichkeit eine derartige Unterstützung bekommen. Das Gesetz zum Schutz der Republik muß hier Anwendung finden. Wir fordern, **daß den gewissenlosen Anwälten der Mörderbanden das Handwerk gelegt wird.**

Die Zeitung, die sich soweit entlarvte und so offensichtlich die Interessen der Allgemeinheit und des Staates verletzte, heißt **„Allgemeine Zeitung für Mitteldeutschland".**

*

Aufgabe der maßgebenden Stellen wird es sein, in der hiesigen Schutzpolizei nachzuforschen, wo sich das Informationsbüro dieser Mörderbande befindet. Die „Allgemeine" und die Mörderorganisationen arbeiten mit einzelnen Stellen der Schutzpolizei Hand in Hand, um die Arbeiten der nach Halle entsandten Exekutivbeamten von vornherein zu sabotieren. Eine der ersten Aufgaben des neuen Regierungspräsidenten muß es sein, diesen Augiasstall auszumisten.

Gewerkschaftsfest. Die Genossen, welche Karten entnommen haben und noch nicht abrechnen konnten, werden gebeten, umgehend im Arbeiter-Sekretariat abzurechnen.

Die Pachtschutzordnung vom 9. Juni 1920 ist nunmehr durch Gesetz vom 29. Juni 1922 auf zwei Jahre bis zum 30. September 1924 verlängert worden. Gegenüber dem bisherigen Zustand bringt das neue Gesetz bedeutsame materielle Aenderungen. So ist der Kündigungsschutz auf 10 Hektar herausgesetzt worden. Die Umwandlung einer Geldmacht. Dem Reich, den Ländern und Gemeinden, sowie pacht in eine Naturalpacht oder Naturalwertpacht oder umgekehrt ist von der Zustimmung beider Parteien abhängig gemachten Kirchen, gemeinnützigen Stiftungen und Anstalten sowie öffentlich-rechtlichen Körperschaften ist unter erleichterten Bedingungen die Möglichkeit eingeräumt worden, die Pachteinigungsämter zur Neuregelung ihrer Pachtzinsen anzurufen. Gegen Schlußentscheidungen der Pachteinigungsämter muß ein Rechtsmittel zugelassen sein. Schließlich ist den obersten Landesbehörden die Möglichkeit gegeben, den Pachtschutz auch auf Verträge auszudehnen, welche die Ueberlassung von Jagden oder Fischereien oder von Grundstücken zur Ausübung der Jagd oder Fischerei sowie die Gewinnung von Bodenbestandteilen, soweit sie dem Abbaurecht des Grundeigentümers unterliegen, gegen Entgelt zum Gegenstande haben.

Eine Scharfmacherfirma.

Hildebrands Mühlenwerke und die Republik.

Der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter schreibt uns: Als bei der letzten Demonstration nach der Ermordung Rathenaus um 1 Uhr Arbeitsschluß in allen Betrieben eintreten sollte, wurde von der Firma Hildebrand-Mühlenwerke in Wölberg folgender Aushang gemacht:

In Ausdehnung des von einer kleinen Anzahl unserer Arbeiterschaft gefaßten Beschlusses, heute die Arbeit bei einige Stunden niederzulegen, sehen wir uns veranlaßt, bekanntzugeben, daß jeder, der die Arbeitsstätte verläßt oder nicht seinen Obliegenheiten nachkommt, seine fristlose Entlassung zu gewärtigen hat. Wir können nicht billigen, daß diese öfters Arbeitspausen, die ebenso den Arbeitgeber als auch den Arbeitnehmer schädigen, überhandnehmen. Wir beanstanden überhaupt die stattgefundene Abstimmung, einmal, weil so wenig Leute abgestimmt hatten und weil diese Abstimmung nicht in geheimer Weise durch Zettel geschehen ist. Es haben mehrere Leute erklärt, daß sie aus diesem Grunde nicht der Abstimmung beiwohnten bzw. nicht abgestimmt hätten wie sie gern möchten.

Wölberg, den 4. Juli 1922.

Hildebrandsche Mühlenwerke

Wir bemerken zu dem Aushang ausdrücklich, daß die Firma vor kurzen erst eine Anzahl von Arbeitnehmern entlassen hat. Damals sollte Arbeitsmangel vorliegen. Jetzt schreibt die Firma das Gegenteil. Der Schlichtungsausschuß hatte einen Spruch gefällt, daß alle alten Leute bei Bedarf wieder einzustellen sind. Jetzt hat die Firma einen Arbeiter und auch vier Arbeiterinnen eingestellt, die Entlassenen bei der Einstellung aber nicht berücksichtigt. Herr Hildebrandt soll gesagt haben: „Ich will die alten Leute nicht mehr sehen." Hoffentlich vertritt das Gericht einen anderen Standpunkt.

Die Wohnungsnot wächst!

Der Wohnungsmarkt im Monat Juni 1922!

Die Zahl der Neueintragungen von Wohnungssuchenden im Wohnungsamt hat sich im Monat Juni um weitere 370 vermehrt, so daß die Gesamtzahl 11 030 beträgt. Neu besetzt wurden 163 Wohnungen, davon 21 im Zwangswege, während andererseits 9 Familien, die Wohnung widerrechtlich bezogen hatten, sie zwangsweise wieder verlassen mußten. Unter den Untergebrachten befanden sich 26 Familien, die laut Urteil des Amtsgerichts ihre seitherige Wohnungen räumen mußten.

Achtung, Bauarbeiter! Wie wir durch die Presse bereits bekannt gegeben haben, befinden sich die Fliesenleger der Firma Heckel, Magdeburger Straße, wegen Differenzen im Streik. Nachdem die am Montag, den 17. Juli, stattgefundenen Verhandlungen ergebnislos verlaufen sind, wird der Kampf verschärft fortgesetzt. Wir fordern alle Kollegen auf, Solidarität zu üben und jedes Arbeitsangebot dieser Firma abzulehnen.

Die Ortsverwaltung.

Die Wahlen zum **Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter.** Bei den am Sonntag stattgefundenen Wahlen zu dem am 16. August in Magdeburg stattfindenden Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter wurde der Genosse Flucht mit Zweidrittelmehrheit gewählt. Der Gegenkandidat gehört der KPD. an.

Teuerungszuschuß für leichtbeschädigte Altrentner im Stadtkreis Halle. Nach einem Erlaß des Reichsarbeitsministeriums vom 13. 6. 22 kann ab 1. 7. 22 der Teuerungszuschuß auch an leichtbeschädigte Militär-Altrentner, also solche, die eine Rente von weniger als 50 Proz. beziehen, gezahlt werden. Voraussetzung ist aber, daß ihr Einkommen aus Arbeit, Kapitalzinsen oder Pensionen usw. die Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung um nicht mehr als die Hälfte übersteigt. Personen in selbständigen Berufen, z. B. Kaufleute, Gewerbetreibende, Handwerker pp. fallen jedoch nicht unter die Verordnung, weil diese die erhöhte Teuerung im Regelfalle ohne besondere Zuschüsse auszugleichen vermögen. Diejenigen Altrentner, die unter den vorstehenden Erlaß fallen, haben den Antrag bei der Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte, Neue Promenade 3, unter Vorlage ihrer Militärpapiere, zu stellen und zwar werktäglich von 9 bis 12 Uhr vormittags, außer Dienstag und Freitag.

Universität und republikanische Schutzgesetze. Der „Hochschulring deutscher Art" ist aufgelöst, aber anscheinend ist niemand da, der dieses Verbot überwacht: Auf einem großen schwarzen Brett in der Wandelhalle des alten Universitätsgebäudes wird für heute ins Teutonenhaus zu einer Sitzung eingeladen. Anscheinend findet es niemand der Mühe wert, solche Anschläge zu überprüfen. Auch sonst hat noch keines der neuen Gesetze zum Schutze der Republik akademischen Boden überschritten. Bis vor wenigen Tagen prangte noch ein Kaiserbild an der Stirnwand des Prüfungssaales im Landwirtschaftlichen Institut der Universität. Ob es wohl jetzt entfernt wird? Sollte es bisher nur aus Vergeßlichkeit nicht geschehen sein, so helfen wohl diese Zeilen nach.

Ferienwanderung. Die nächste Ferienwanderung findet am Freitag vormittag statt. Treffpunkt für Süd ½9 Uhr am Hallmarkt, für Nord ½9 Uhr am Mohr in Giebichenstein.

Walhalla-Ringkämpfe. Der vierte Tag des Ringens stand im Zeichen heftiger Kämpfe. Im ersten Treffen Hans Steinke gegen Schiele fanden sich 2 gleichwertige Ringer. Steinke siegte nach 11½ Minute Kampf. Das zweite Tournee wurde von Gemmel gegen Pogtmann geführt, nach sehr hatem Ringen erlitt letzterer nach 17 Minuten eine ehrenvolle Niederlage. Der nächstfolgende Kampf, gleichfalls sehr interessant, von Mac Donald gegen Petrikow ausgetragen, konnte nach 13 Minuten mit dem Sieg des Ersteren beendigt werden. Urbansky (Polen) gegen v. d. Heydt (Deutscher Meister) das letzte Kampfpaar, rang 38 Minuten vergeblich um die Siegespalme. Die Polizeistunde, 11 Uhr, fand unentschieden abgebrochenen Kampf. Heute ringen: Bilkau gegen Petrikow, Pogtmann gegen Khryloff, Mac Donald gegen Obluda, Gemmel gegen Hans Steinke. Auch diese Kämpfe versprechen äußerst interessant zu werden.

Operetten-Theater. Heute und morgen wird der „Vielgeliebte" des großen Erfolges wegen wiederholt. Sonnabend findet die Erstaufführung „Der heilige Ambrosius" statt.

Wetterbericht vom 18. 7., abend: Das Ostseeminimum ist nur wenig südostwärts fortgeschritten, es hatte heute früh noch etwas an Tiefe bis 734 mm zugenommen und veranlaßte in weiten Umkreise stürmische Winde und Regenfälle, die in der größeren Nähe des Minimums außerordentlich stark waren. In Polen wurden in den letzten 2 Tagen 93 mm Regen gemessen, in Warschau 32, Berlin 34 mm. — Auf der Rückseite des Minimums, über der Kanalgegend, entwickelt sich ein Tiefist. „Hoch im SW. und NW. sind voneinander getrennt und lassen neue „Tief" vom Ozean erwarten. Deshalb nach kurzer Besserung am Donnerstag neuer Wetterumschlag.

21. 7. (Freitag): Ziemlich trüb etwas kühl, windig, zeitweise Regen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220720-14/fragment/page=0005

Provinz und Umgebung.

Niemberg. Ein Reinfall der Union! Der in seiner Eigenschaft bekannte Gewerkschaftszerstörer Hertel-Halle fühlte sich veranlaßt, vergangenen Sonntag in Niemberg eine Landarbeiterversammlung abzuhalten. In der bekannten phrasendreschenden Weise versuchte Hertel bei den aus mehreren Orten erschienenen Landarbeitern Anklang zu finden. Zu plump versuchte der Phraseur den Anwesenden vorzugaukeln, ohne Verständnis für die Landarbeiterschaft zu haben, die Kollegen sollten dem D. L. V. die Beiträge sperren, um damit den Kampf zu erreichen. Ganz unwillkürlich muß sich jeder Anwesende an den Kopf gefaßt haben, ob Hertel noch als normaler Mensch betrachtet werden kann, oder ob diese Helden nicht voll und ganz in die Manieren der Spitzel verfallen sind. Die Ausführungen der Kollegen Nickel und Hübner wirkten so, daß Hertel wie ein begossener Pudel abzog. Die Erregung am Schlusse der Versammlung war so stark, daß die Arbeiter genug hatten von dem Apostel der Union. Auch die Arbeiterschaft im Saalkreis hat das arbeiterschädigende Treiben dieser demagogischen Wirrköpfe erkannt. Selbst die Führer der Kommunisten, die sich gewerkschaftlich betätigen, wie Schönlank, Fiedler usw. werden von Hertel bekämpft, also auch als Arbeiterverräter hingestellt. Höher geht es wohl nimmer. Es ist notwendig, daß die Genossen in den Ortschaften die Landarbeiterschaft auf diese Elemente vom Schlage Hertel aufmerksam machen, um sie vor Schaden zu bewahren.

Merseburg. Baudelegierte des Bauarbeiterverbandes. Die von der Vereinsleitung herausgegebenen Fragebogen über Betriebs- und Lohnstatistik sind von den Baudelegierten bis spätestens am Montag, den 24. Juli der Verwaltung (Büro, Seffnerstr.) wieder zuzustellen. Wir ersuchen alle Kollegen, an der Ausfüllung der Fragebogen mitzuwirken. Sollten verschiedene Kollegen noch nicht im Besitz eines derartigen Formulars sein, so ersuchen wir, diese sofort im Büro in Empfang zu nehmen. Die Bezirksvereinsleitung.

Neu-Rössen. Ein großes Sportfest. Dem Bildungsverein Neu-Rössen, der mit seiner Sportbewegung seit den Märzunruhen, in Ermanglung eines Sportplatzes sowie eines Lokals zur Abhaltung von Turnstunden, schwer darniederlag, ist es gelungen durch Vermittlung mit dem Zweckverbandsvorsitzenden Gelände zu erhalten. Sportkollegen des Vereins sind seit Wochen mit Eifer an der Errichtung des Platzes beschäftigt. Der Verein wird nun am 6. August die Platzweihe, verbunden mit Sportfest abhalten. Das Programm ist in folgender Reihenfolge aufgestellt worden: Von morgens 10 Uhr bis 1 Uhr Empfang der geladenen Vereine verbunden mit Konzert im Empfangslokal, „Tänzers Gasthof Alt-Rössen". Um 1½ Uhr Stellen zum Festzug durch Neu-Rössen nach dem Festplatz, daselbst Begrüßung, Weihrede, nachdem Beginn der Sportkämpfe, Turnerische Veranstaltungen und Massenchöre. 1. Diplomspiel. H. F. C. Minerva I, Bezirksmeister des 6 Bezirks, gegen V. f. B. Trotha I. — 2. Rasensport-Verein Göppersdorf i. Sachs. gegen Sportabteilung des Bildungs-Verein Neu-Rössen. — Für Unterhaltung ist gesorgt. Vorgesehen ist Konzert, Preisschießen und verschiedene Verlosungen. Kinderspiele finden unter Leitung der Naturfreunde Ortsgruppe Neu-Rössen statt. Abends 7 Uhr Festball in den Sälen „Heiter Blick", Leuna, und „Tänzers Gasthof", Alt-Rössen, daselbst verschiedene Veranstaltungen, unter anderen Kunst- und Reigenfahren. Die Vereinsleitung hat mit Unterstützung des Sportkartells Merseburg eine Reihe von Einladungen an die Arbeitersport-, Gesang- und Radfahrer-Vereine versendet, so daß der 6. August ein Werbetag für die Arbeitersportbewegung am Orte und ein Ehrentag der gesamten Arbeitersportbewegung werden wird. Es ergeht nochmals die Aufforderung an sämtliche Brudervereine, ihre Teilnahme an den Kollegen Bruno Buchelt, Leuna-Werk 769.6, baldigst einzusenden.

Bad Bibra. Amtsschimmeltrott oder Sabotage? Die hiesigen Stadtverordneten wählten am 30. Mai den Reg.-Rat a. D. Salimon mit großer Mehrheit zum Bürgermeister von Bibra. Trotzdem alle Vorarbeiten beschleunigt wurden, ist heute, nach 7 Wochen, noch keine Bestätigung eingelaufen. Alle Bemühungen, diese so schnell wie möglich herauszugeben, scheiterten an der Bockheinigkeit des störrischen Amtsschimmels. Oder sollten auch außerdem noch starke, agrarische Kräfte am Werke sein? Hoffentlich genügt dieser kleine Hinweis, den Herrn Regierungspräsidenten zu veranlassen, daß die in Betracht kommenden Stellen den Wünschen der Bibraer Bevölkerung etwas sichtbarer entgegenkommen.

Weißenfels. Achtung, Sozialrentner! Die nächste Zahlung der Unterstützungen für die Sozialrentner nach dem Gesetz vom 7. Dezember 1921/24. April 1922 erfolgt in der Stadtsteuerkasse, Leopold-Kellstraße Nr. 14, in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags und zwar:

für die Buchstaben A bis H am Freitag, den 21. Juli d. J.,
für die Buchstaben J bis Q am Sonnabend, den 22. Juli d. J.,
für die Buchstaben R bis Z am Montag, den 24. Juli d. J.

Der erteilte Bescheid über die bewilligte Unterstützung ist als Ausweis vorzulegen.

— Altershilfe. Die Sammlung für die Altershilfe des deutschen Volkes ist beendet und soll der aufgebrachte Betrag zur Verteilung kommen. Alle notleidenden alten Leute, welche keine Unterstützung als Kleinlaufrentner und als Sozialrentner erhalten, wollen im Wohlfahrtsamt, Leopold-Kellstraße Nr. 14, Zimmer 20, einen entsprechenden Antrag auf Unterstützung aus der Altershilfe stellen.

Kelbra. Gewerkschaftsfest. Das von der hiesigen organisierten Arbeiterschaft gefeierte Gewerkschaftsfest, verbunden mit sportlichen Veranstaltungen, verlief trotz des Unbilden des Wetters aufs beste. Am Sonnabend fand ein Fackelzug mit anschließendem Kommers in der Sängerhalle statt. Sonntag mittag fand ein allgemeiner Festzug nach dem Nachtriet statt, woselbst der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells Koll. Rautenkranz die Begrüßungsansprache hielt. Freiübungen des hiesigen Arbeiterturnvereins, ein schön ausgeführter Flaggenreigen, ein Kranzreigen, von Schulkindern ausgeführt, wurden von den zahlreichen Zuschauern mit Beifall begrüßt. Dann kam der Radsport zu seiner Geltung. Reigenfahren usw. Wir müssen sagen, es wurden tüchtige Leistungen vollbracht. Mehrere Kunstfahrer aus Barnstedt vollbrachten sehr tüchtige Leistungen. Den Namen Kunstfahrer können die Leute mit Berechtigung tragen. Auch für Kinderbelustigungen war in entsprechender Weise gesorgt. Abends fand auf dem Festplatz Tanz für die Jugend und Gewerkschafter auf zwei gelegten Tanzsälen statt. So verlief das Fest der Arbeiter in günstiger Weise; die Sorgen des Alltags wurden durch mehrere schön verlebte Stunden auf kurze Zeit vertrieben.

Giesien (Kreis Delitzsch). Die Union auf dem Gimpelfang. Kürzlich fand in Giesien eine Landarbeiterversammlung statt. Als Redner von der Union erschien Lange-Halle. Wenn man als Arbeiter das Geschimpfe auf den D. L. V. und seiner Angestellten von einem Lange mit anhören mußte, so weiß man nicht, ob die paar Hundstage so auf das Gehirn dieses „Aufarbeiterführers" eingewirkt haben, daß er nicht mehr in der Lage ist sachlich zu bleiben. Man kann auch leicht zu der Ansicht kommen, daß Lange vom Mond gefallen, oder einer der November-sozialisten und Gewerkschafter ist, die nach der Revolution erst erfahren hatten, daß es schon vorher eine Sozialdemokratie gab und die Entwicklung der Gewerkschaften gar nicht mit erlebt haben. Denn hätte Lange mit seinem Versammlungsleiter bereits zehn Jahre früher etwas von der Arbeiterbewegung gesehen, so wäre es nicht möglich einen solchen Blödsinn über die Gewerkschaften vorzapfen zu können. Jeder nur halbwegs denkende Kollege muß sich sagen, daß mit diesen Ausführungen keine Maus aus dem Loche zu jagen ist. Und daß die Landarbeiter dies dachten war der Beweis, als der Kreisleiter des Deutschen Landarbeiter-Verbandes Kollege Theuerkorn in der zwölften Stunde den Unionisten in scharfen Worten entgegentrat und die paar Anhänger des Lange versuchten den Kollegen Theuerkorn niederzubrüllen, als selbiger ihnen nämlich den sagte, was ist und unbedingt einmal gesagt werden mußte und ihnen dabei ihre an der Arbeiterschaft verübten Schandtaten vor Augen führte, dem Lange nicht sein Schlußwort herlagen ließen, sondern unter starkem Protest das Lokal verließen. Trotzdem der Kollege Theuerkorn zum Bleiben aufforderte, gingen die Kollegen Landarbeiter ihrer Wege, indem sie durch diese Leuchte der Union erkannt hatten, daß ihnen durch Leute dieses Schlages wie Hertel, Lange, Herold und Jantke ihnen nur Unheil droht, und mit ihnen, die sich aus eigener Bekenntnis als Lumpen bezeichnen, nichts mehr zu tun haben wollen. Aus vorstehendem Versammlungsbericht können die Kollegen Landarbeiter und Arbeiterinnen klar ersehen, daß es nur eins geben kann und darf, nicht heraus, sondern hinein in den Deutschen Landarbeiterverband. Erst dann wenn alle Kollegen einig und geschlossen in seine Reihen eingetreten sind, wird es möglich sein, das für die Landarbeiterschaft restlos durchzuführen, was unter den jetzigen Verhältnissen notwendig erscheint.

Gräfenhainichen. Das erste Arbeiterturn- und Sportfest. Am Sonntag, den 16. Juli, fand hier in Gräfenhainichen das erste Arbeiterturn- und Sportfest statt. Ihr Veranstalter, der Arbeiterturnverein „Frisch auf", kann damit wohl zufrieden sein. Eingeleitet wurde es von einem am Sonnabend abend stattgefundenen Kommers. Turngenosse Reichert gab einen Rückblick und Ausblick über das Wirken des Vereins, der ja erst ganz kurze Zeit zum Arbeitersport sich umstellte. Sonntag früh entwickelte sich auf dem Spielplatz ein reges Treiben. Die auswärtigen Vereine waren zahlreich vertreten. Noch beachtliche Leistungen sportlicher Natur wurden gezeigt und erweckten reges Interesse. Die turnerischen Darbietungen nahmen am Nachmittag in Wehrens Garten ihren Fortgang. Reck, Barren, Pferd wurden eifrig benutzt. Besonders interessant und neu war für Gräfenhainichen eine Mädchenriege der freien Turnerschaft Wolfen, die mit ihren Keulen- und Stabfreiübungen besonders hervorzuheben ist. Hoffentlich können wir in dieser Frage beim nächsten Turnfest auch einen Erfolg buchen, und eine gute Mädchenriege stellen. Erwähnenswert sind noch die zum kommenden 1. Arbeiter-Reichssportfest vorzuführenden, von sämtlichen anwesenden Sportgenossen mit Musik gezeigten Freiübungen. Am Abend schwang Alt und Jung das Tanzbein und trug noch zur Hebung der Stimmung bei. Für uns Arbeitersportler sollte dieses erste Turnfest ein Ansporn sein. Steht doch das Leipziger Turnfest bevor. Jahrlich muß die Beteiligung sein. Reges und fleißiges Arbeiten bringt uns nur vorwärts, um der Arbeiterturnsache zum Siege zu verhelfen. Frei Heil! S

Provinz-Chronik.

Ertrunken. Beim Baden in der Tongrube der Ziegelei in Großquenstedt ertrank der Zimmermannslehrling G. aus Halberstadt. Seine Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Teufel Alkohol. Der Arbeiter Otto Jakob fiel im betrunkenen Zustand im Gasthaus zu Eptingen die Treppe hinunter und erlitt dabei so schwere innere Verletzungen, daß er daran starb.

Zuhiprogramme der Arbeiter-Jugend.

Wittenberg.

Donnerstag, den 20. Juli: Vortragsabend Punkt 8 Uhr.
Sonnabend, den 22. Juli: Fahrt nach Jugendheim Spitzberg (Treffpunkt Bahnhof abends 7 Uhr).
Donnerstag, den 27. Juli: Monatsversammlung Punkt 8 Uhr.

Alle Montage findet sich die Jugend zum Spiel und Tanz vor der Friderizianerkaserne ein. **Der Vorstand.**

Könnern.

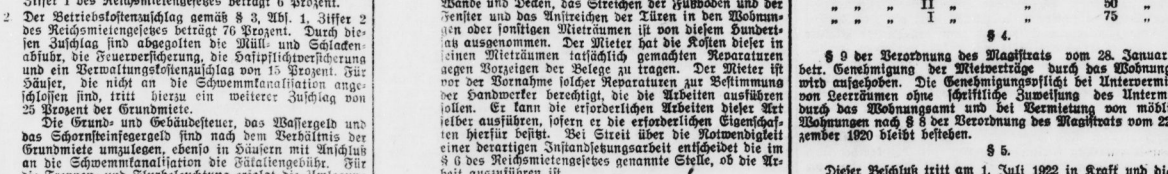
Donnerstag, 20. Juli: Spielabend.
Sonntag, 23. Juli: Tagestour nach Halle.
Donnerstag, 27. Juli: Leseabend.
Sonntag, 30. Juli: Turner-Rosenfest.

Das Erscheinen jedes Mitgliedes bei den Veranstaltungen ist Pflicht. **Der Vorstand.**

Naumburg.

Am 19. Juli: Spielabend; 23. Juli: Fahrt nach den Silbergrund; 24. Juli: Vortrag: Hans Paasche; 26. Juli: Spielabend; 30. Juli: Fahrt nach dem Rauschetal; 31. Juli: Aussprachabend. **Der Vorstand.**

Verantwortlich für leitenden Artikel, Politik und Feuilleton: F. O. H. Schulz, für Lokales, Gewerkschaftliches und Genossenschaftliches: Karl Garbe, für Provinzielles und Allgemeines: i. V. Karl Garbe, für den Anzeigenteil: Wilh. Herzig, sämtlich in Halle.



Amtliche Bekanntmachungen Halle a. S.

Bekanntmachung betreffend Reichsmietengesetz.

1. Auf Grund des § 11 des Reichsmietengesetzes vom 24. März 1922 — RGBl. S. 273 — in Verbindung mit der Ausführungsverordnung des Preußischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 12. Juni 1922 (G. S. S. 129) wird mit Genehmigung des Herrn Regierungspräsidenten zu Merseburg (Bescheid vom 14. Juli 1922 — J. W. 6952 —) festgesetzt, was folgt:

§ 1.

In der Grundmiete gemäß § 2 des Reichsmietengesetzes in Verbindung mit der Preußischen Ausführungsverordnung zu § 2 treten folgende Zuschläge:

1. Der Zuschlag für die Steigerung der Zinsen einer in der Vorkriegszeit vorhandenen Belastung des damaligen Grundstückswertes und die Steigerung der Kosten für die Erneuerung dieser Belastung gemäß § 3, Abs. 1, Ziffer 1 des Reichsmietengesetzes beträgt 6 Prozent.
2. Der Betriebskostenzuschlag gemäß § 3, Abs. 1, Ziffer 2 des Reichsmietengesetzes beträgt 76 Prozent. Durch diesen Zuschlag sind abgegolten die Müll- und Schlackenabfuhr, die Feuerversicherung, die Haftpflichtversicherung und ein Verwaltungskostenzuschlag von 15 Prozent. Für Häuser, die nicht an die Schwemmkanalisation angeschlossen sind, tritt hierzu ein weiterer Zuschlag von 25 Prozent der Grundmiete.

Die Grund- und Gebäudesteuer, das Wassergeld und das Schornsteinfegergeld sind nach dem Verhältnis der Grundmiete umzulegen, ebenso in Häusern mit Anschluß an die Schwemmkanalisation die Fäkaliengebühr. Für die Treppen- und Flurbeleuchtung erfolgt die Umlegung nach Anliegern (Mietpartenanteilen).

Besonders zu berechnen sind die Vergütungen für Nebenleistungen des Vermieters, welche nicht die Raumnutzung betreffen, aber neben der Raumnutzung auf Grund des Mietvertrages gewährt werden (Bereitstellung von Wasserkraft, Elektrizität, Dampf, Preßluft u. dergl.), sowie die Vergütungen für Nebenleistungen des Vermieters, die zwar die Raumnutzung betreffen, aber nur einzelnen Mietern zugute kommen, z. B. Spiegelglasversicherung. Das gleiche gilt auch für die Kosten der Heizstoffe für Sammelheizung und Warmwasserversorgung, wozu auch die Kosten der Anfuhr gehören, die Anstellung eines Heizers in Gebäuden mit Sammelheizung und Warmwasserversorgung, die Feuerstuhlbenutzung, Bauunterversicherung und Wasserleitungsschadenversicherung.

Die Erhebung der Kanalbenutzungsgebühr erfolgt nach der Ordnung betr. die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der städtischen Kanäle vom 17. Januar 1905, die Erhebung der Wohnungsbauabgabe nach der Preußischen Verordnung betr. die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues in Preußen vom 22. November 1921 — G. S. S. 549. —

3. Der Zuschlag für die laufenden Instandsetzungsarbeiten gemäß § 3, Abs. 1, Ziffer 3 des Reichsmietengesetzes beträgt 40 Prozent.

Das Tapezieren bzw. das Anstreichen oder Kalken der Wände und Decken, das Streichen der Fußböden und der Fenster und das Anstreichen der Türen in den Wohnungen oder sonstigen Mieträumen ist von diesem Hundertsatz ausgenommen. Der Mieter hat die Kosten dieser in seinen Mieträumen tatsächlich gemachten Reparaturen gegen Vorzeigen der Belege zu tragen. Der Mieter ist vor der Vornahme solcher Reparaturen zur Bestimmung der Handwerker berechtigt, die die Arbeiten ausführen sollen. Er kann die erforderlichen Arbeiten dieser Art selber ausführen, sofern er die erforderlichen Eigenschaften hierfür besitzt. Bei Streit über die Notwendigkeit einer derartigen Instandsetzungsarbeit entscheidet die im § 6 des Reichsmietengesetzes genannte Stelle, ob die Arbeit auszuführen ist.

§ 2.

Zur Deckung der Kosten für große Instandsetzungsarbeiten gemäß § 5 des Reichsmietengesetzes in Verbindung mit der Preußischen Ausführungsverordnung zu § 5 setzt das Mieteinigungsamt auf Antrag eines Vertragsteiles einen Zuschlag fest. Große Instandsetzungsarbeiten sind im einzelnen die vollständige Erneuerung der Dachrinnen und Abfallrohre, das Umdecken des Daches, der Abputz oder Anstrich der ganzen Vorderfront oder der ganzen Fläche eines Seitenflügels oder der ganzen Fläche der Hinterfront eines Hauses oder auch mehrerer Fronten, der Neuanstrich des ganzen Treppenhauses im Innern, die Erneuerung der Heizanlage bei Sammelheizung und Warmwasserversorgung.

Die große Instandsetzungsarbeit muß seit Oktober 1920 ausgeführt und notwendig gewesen sein oder in den nächsten 12 Monaten vom Tage der Antragstellung beim Mieteinigungsamt angerechnet, erforderlich werden.

Die Festsetzung des Höchstsatzes für sol che Zuschläge gemäß der Ausführungsverordnung zu § 7 II, Abs. 5, bleibt vorbehalten.

§ 3.

Für Räume, die zu gewerblichen Zwecken (§ 1 der Reichsgewerbeordnung) hergestellt sind oder mit Zustimmung des Magistrats (Wohnungsamt) für gewerbliche Zwecke verwendet werden, wird ein weiterer Zuschlag zur Grundmiete festgesetzt. Er beträgt:

für die Klasse	IV	des Gewerbesteuergesetzes	15 Prozent,
„ „ „	III	„ „	30 „
„ „ „	II	„ „	50 „
„ „ „	I	„ „	75 „

§ 4.

§ 9 der Verordnung des Magistrats vom 28. Januar 1920 betr. Genehmigung der Mietverträge durch das Wohnungsamt wird aufgehoben. Die Genehmigungspflicht bei Untermietung von Räumen ohne schriftliche Zuweisung des Untermieters durch das Wohnungsamt und bei Vermietung von möblierten Wohnungen nach § 8 der Verordnung des Magistrats vom 22. Dezember 1920 bleibt bestehen.

§ 5.

Dieser Beschluß tritt am 1. Juli 1922 in Kraft und die Bekanntmachung des Magistrats über Mietzinssteigerungen vom 6. Januar 1922 mit Ablauf des 30. Juni 1922 außer Kraft.

Halle, den 17. Juli 1922.

Der Magistrat.
gez. Rive. Marx.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220720-14/fragment/page=0006